



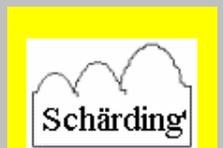
LAND
OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Schärding
über die Einschau in die Gebarung

der Marktgemeinde

Schardenberg



Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, im Oktober 2012

Die Bezirkshauptmannschaft Schärding hat in der Zeit von 11.6. bis 16.8.2012 (mit Unterbrechung) durch einen Prüfer gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 iVm § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Schardenberg vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2009 bis 2011 und der Voranschlag für das Jahr 2012 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Marktgemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Schärding dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Marktgemeinde umzusetzen.

Inhaltsverzeichnis

KURZFASSUNG	6
DETAILBERICHT	11
DIE GEMEINDE	11
WIRTSCHAFTLICHE SITUATION	13
HAUSHALTSENTWICKLUNG	13
KÜNFTIGE ENTWICKLUNG - MITTELFRISTIGER FINANZPLAN (MFP)	14
FINANZAUSSTATTUNG	15
STEUER- UND ABGABENRÜCKSTÄNDE	16
AUFSCHLIEßUNGS- UND ERHALTUNGSBEITRÄGE	16
UMLAGEN	17
FREMDFINANZIERUNGEN	18
DARLEHEN DER GEMEINDE	18
DARLEHEN DER KG	19
KASSENKREDIT	19
HAFTUNGEN	20
RÜCKLAGEN	21
PERSONAL	22
<i>Dienstpostenplan</i>	<i>23</i>
<i>Allgemeine Verwaltung</i>	<i>23</i>
<i>Volks- und Hauptschule</i>	<i>23</i>
<i>Kindergarten</i>	<i>23</i>
<i>Bauhof</i>	<i>24</i>
<i>Ferialarbeitskräfte</i>	<i>24</i>
<i>Geschäftsverteilungsplan - Arbeitsplatzbeschreibungen</i>	<i>24</i>
ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN	25
WASSERVERSORGUNG	25
ABWASSERBESEITIGUNG	27
ABFALLBESEITIGUNG	29
KINDERGARTEN	30
AUSGEGLIEDERTE UNTERNEHMUNGEN	32
KG	32
GEMEINDEVERTRETUNG	33
GEMEINDEINTERNE PRÜFUNGEN	33
ORGANE DER GEMEINDE, GESCHÄFTSFÜHRUNG	33
SITZUNGSGELDER	33
WEITERE WESENTLICHE FESTSTELLUNGEN	34
WOHNHÄUSER	34
GRUNDBESITZ	35
BAUHOF	35
FEUERWEHRWESEN	36
FÖRDERUNGEN UND FREIWILLIGE AUSGABEN	36
VERSICHERUNGEN	36
BIOMASSEHEIZUNG	37
AUßERORDENTLICHER HAUSHALT	38
INVESTITIONSTÄTIGKEIT 2009 - 2011	38
ÜBERBLICK ÜBER DEN AO. HAUSHALT MIT ENDE 2011 - SALDENBESTAND	39
NEUBAU AMTSGEBÄUDE (KG-MODELL)	39

VOLKSSCHULE ACHLEITEN - VERKAUF	40
VOLKSSCHULE SCHARDENBERG - TEILSANIERUNG	40
STRAßENBAUPROGRAMM 2005 -2009	40
KUBING-BONAUER-MESNER-GRÜNDE	41
KINDERGARTEN FENSTERTAUSCH	41
LÄRMSCHUTZMAßNAHMEN INGLING.....	42
WASSERVERSORGUNG	42
<i>BA 02 und Kubing</i>	42
<i>BA 03</i>	42
LÖSCHWASSERBEHÄLTER.....	42
SCHLUSSBEMERKUNGEN	43

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Die Marktgemeinde erwirtschaftete erstmals im Jahre 2009 ein negatives Haushaltsergebnis. Dass die Marktgemeinde in den Jahren zuvor trotz der schlechten Finanzkraft, bedingt durch strukturelle Schwächen, eine defizitäre Finanzlage über Jahre vermeiden und noch beachtliche Überschüsse erzielen bzw. diese in Form hoher Zuführungen zu ao. Investitionen einsetzen konnte und auch die eingetretene Abgangssituation überschaubar ist, verdankt sie nicht nur den jährlich gewährten hohen Einkünften aus den Finanzzuweisungen und der Strukturhilfe, sondern auch den beträchtlichen Finanzierungszuschüssen zu den Kanalbaudarlehen.

Die ab 2009 analog zum generellen kommunalen Trend abrupt eingetretene finanzielle Schieflage der Marktgemeinde wurde zwar durch die drastischen Folgen der Wirtschaftskrise verursacht, diese verschärfte aber zugleich die sich bereits seit Jahren abzeichnende bedenkliche Entwicklung der Umlagen, die in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Auch die Strukturhilfe brach gänzlich weg.

Das Jahr 2010 schnitt mit dem bisher schlechtesten Jahresergebnis ab, verursacht durch das anhaltend tiefe Niveau bei den Ertragsanteilen einerseits und den kräftigen Umlagenanstieg, insbesondere beim Krankenanstaltenbeitrag und der Bezirksumlage, andererseits.

2011 war, gemessen am Jahresergebnis, bereits deutlich geprägt von der generellen wirtschaftlichen Erholung. Der Zuwachs an Ertragsanteilen, die beinahe wieder an das Spitzenniveau des Jahres 2008 heranreichten, und im Gegenzug die erstmalige Verflachung bei den Umlagensteigerungen machten im Wesentlichen diese Trendumkehr möglich.

Künftige Entwicklung - Mittelfristiger Finanzplan (MFP)

Im Budget 2012 wurde ein Defizit iHv € 115.000 veranschlagt, womit sich die Finanzlage im laufenden Jahr merklich bessern sollte. Jedenfalls kann davon ausgegangen werden, dass das Defizit 2012 nicht den veranschlagten Wert übersteigen wird. Zum Einen hält der prognostizierte bzw. veranschlagte Zuwachs an Ertragsanteilen Schritt mit dem tatsächlichen bisherigen Aufkommen und auch die mittlerweile angewiesene Finanzzuweisung übersteigt den veranschlagten Wert erfreulicherweise um ca. € 73.000, andererseits zeichnet sich ausgabenseitig infolge einer Zinssatzsenkung und der noch nicht berücksichtigten Darlehensstreckung eine neuerliche Verringerung des Netto-Schuldendienstes ab. Eine ausgabenseitige Belastung ist vorerst lediglich im Bereich Kindergarten zu erwarten. Durch die Neueinführung einer Krabbelstube ab Herbst werden Zusatzkosten von ca. € 13.000 auflaufen.

Fremdfinanzierungen

Die für 2011 ermittelte Gesamtschuldendienstquote von ca. € 182.000 aus Darlehen der Marktgemeinde, dem Zwischenkredit der KG und den Annuitäten an den Wasserverband Inn-Haibachtal bindet ca. 5,7 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes und bewegt sich damit auf akzeptablem Niveau, das auch mittelfristig in ähnlicher Größenordnung erwartet werden kann.

Der die Marktgemeinde belastende Schuldenstand bezifferte sich mit Ende 2011 auf rd. € 4,238 Mio. und ist mit rd. 86 % des Darlehensumfanges dem Siedlungswasserbau und dabei insbesondere dem Kanalbau zuzuordnen. Die Zinssätze sind durchwegs markt-konform. Der Netto-Schuldendienst - die Finanzierungszuschüsse sind dabei berücksichtigt - betrug 2011 ca. € 87.000, wird auf Berechnungsbasis der vorliegenden Tilgungsplänen im laufenden Jahr 2012 ähnlich hoch sein und ab 2013 durch das Einsetzen weiterer Rückzahlungen um ca. € 13.000 steigen. In den Folgejahren sollte sich das Belastungsniveau durch die natürliche Zinsenverflachung wieder leicht entspannen. Die voraussichtlich notwendig werdenden Neuaufnahmen von Darlehen in der Größenordnung von € 700.000

für die Aufschließung der Baugründe im Kubingerfeld sind dabei noch nicht berücksichtigt. Sie hätten wieder einen Anstieg des Schuldendienstes zur Folge.

Zur Vorfinanzierung der iHv € 2 Mio. vorgemerkten BZ-Mittel für den Amtsgebäudeneubau (KG-Modell) musste 2007 ein Zwischenkredit in diesem Umfang aufgenommen werden, der gegenwärtig analog zur offenen Fördersumme mit € 1,4 Mio. aushaftet und sich noch im Laufe dieses Jahres auf € 700.000 verringern wird. Die Zinsbelastung betrug 2011 noch rd. € 32.000, wird sich im laufenden Jahr auf ca. € 18.000 minimieren und nach der Resttilgung des Zwischenkredites im Jahr 2013 gänzlich wegfallen. Die jährliche Zinsbelastung hat die Marktgemeinde alljährlich im Wege des Liquiditätszuschusses zu leisten.

Kassenkredit

Der Kassenbestand wies mit Ende 2011 noch einen hohen Negativwert von ca. - € 477.000 auf und war ausschließlich der fehlenden Liquidität im ordentlichen Haushalt - Defizit 2011 und unbedeckter Abgang 2010 - zuzuschreiben. Während des Jahres musste der mit einem Höchststrahmen von ca. € 485.000 festgesetzte Kassenkredit mit Hilfe des Verkaufserlöses der Volksschule Achleiten jedoch nur zu rd. 31 % in Anspruch genommen werden. Entlastend wirkte auch der Überschuss im ao. Haushalt durch Baugrundverkäufe. Die Zinsbelastung 2011 war mit ca. € 2.800 dementsprechend gering. Nach einer Verschärfung der Liquiditätslage im ersten Halbjahr 2012 hat sich durch die mittlerweile zuerkannte BZ-Abgangsdeckung für die Jahre 2010 und 2011 und die unerwartet hohe Finanzzuweisung die Finanzlage noch im Laufe der Prüfung merklich entspannt, womit die Marktgemeinde vorerst wieder über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die für 2011 und 2012 vereinbarten Zinssätze erweisen sich als marktkonform. Ausschreibungen sind aber gänzlich unterblieben. Die Marktgemeinde bzw. in deren Auftrag die örtliche Bank hat sich an den bezirksüblichen Zinskonditionen orientiert.

Zur künftigen Handhabung bei der Kreditvergabe verweisen wir daher auf die Empfehlung der Direktion Inneres und Kommunales, wonach die Einholung von mindestens 3 Anboten, davon eines einer überregional tätigen Bank, nötig ist.

Rücklagen

Mit Ende 2011 verfügte die Marktgemeinde im Wesentlichen über zwei Rücklagenbestände, eine fondsgebundene Bürgermeisterpensionsrücklage iHv ca. € 111.000 und eine Rücklage aus dem Verkaufserlös der Volksschule Achleiten mit ca. € 264.000.

Die Bürgermeister-Rücklage ist sukzessive entsprechend der Neuregelung der Entrichtung des Anrechnungsbetrages in 5 gleichhohen Jahresraten aufzulösen. Der Verkaufserlös der VS Achleiten sollte in die Verwahrgeldrechnung übernommen werden, um die Liquidität zu stützen.

Personal

Die Lohnkostenquote beträgt ca. 23 % der ordentlichen Einnahmen und kann als moderat erachtet werden, was hauptsächlich dem Umstand zu verdanken ist, dass der Kindergarten nicht von der Marktgemeinde, sondern von der Pfarrcaritas geführt wird.

Allgemeine Verwaltung

Der genehmigte Dienstpostenplan unterschreitet den für die Einwohnerkategorie bis 3.500 Einwohner in den Dienstpostenplanverordnungen maximal zulässigen Rahmen von 9 PE um 2,5 PE. Aber auch von den genehmigten Planstellen wird der Dienstposten CI-V (Bauwesen, Standesamt) derzeit nur zu 50 % besetzt, sodass die Marktgemeinde mit insgesamt 6 PE das Auslangen findet. Die aktuelle Personalausstattung kann daher, zumal vom gemeindeeigenen Personal auch die Agenden der Geschäftsführung und Buchhaltung für den Wasserverband Haibachtal wahrgenommen werden, als sparsam gewertet werden. Im Vergleich mit den bezirksangehörigen Gemeinden ist sie, gemessen an der Einwohnerzahl, überdurchschnittlich gut positioniert.

Volks- und Hauptschule

Die Marktgemeinde beschäftigt für die Volks- und Hauptschule einen gemeinsamen Schulwart. Darüberhinaus wird dieser zu vielseitigen Tätigkeiten, u. a. auch im Bereich Kindergarten und insbesondere Bauhof, herangezogen. Mit den Personalkosten wird allerdings nur die Hauptschule belastet. Eine Vergütung aller Arbeitseinsätze außerhalb der Hauptschule ist bislang unterblieben. Dieser Umstand hat auch zur Folge, dass die Gastschulbeiträge für die Hauptschule überhöht vorgeschrieben werden. In Hinkunft sind daher sämtliche Tätigkeiten des Schulwartes von diesem zu erfassen und die Lohnkosten im Wege der Vergütungen dem Bereich Hauptschule rückzuerstatten. Im Falle eines überproportional hohen Einsatzes für Bereiche außerhalb der Hauptschule sollte überhaupt angedacht werden, den Schulwart gänzlich dem Bauhof zuzuordnen.

Bauhof

Gemessen an der Größenordnung der Marktgemeinde und unter Bedachtnahme auf den hohen zeitlichen und qualifikationsentsprechenden vielseitigen Arbeitseinsatz und angesichts eines ausgedehnten und aufgrund der Höhenlage zum Teil exponierten Straßennetzes von ca. 60 km mit einem erhöhten Betreuungsaufwand erachten wir die Personalausstattung von 3 vollbeschäftigten Bediensteten mit Facharbeiterqualifikation für vertretbar.

Ferialarbeitskräfte

Den alljährlich im Bauhof eingesetzten Ferialkräften wird ein Stundensatz iHv € 6,00 zuerkannt. Die Entlohnungsmodalität eines einheitlichen Stundensatzes, der überdies im Regelfall zu hoch angesetzt sein dürfte, weicht allerdings von den aufsichtsbehördlichen Richtlinien ab. Für Ferialkräfte sind künftig im Bezug auf die Entlohnung ausschließlich die in den "Richtlinien für die Beschäftigung von Ferialarbeitskräften im Gemeindebereich" festgelegten Vorgaben anzuwenden.

Öffentliche Einrichtungen

Die betrieblichen Einrichtungen belasteten den Haushalt der Marktgemeinde in den Jahren 2009 und 2010 mit relativ moderaten Abgängen iHv ca. € 34.000 und € 28.000. Das Jahr 2011 bilanzierte in Summe mit einem leichten Minus von nur mehr ca. € 8.000. Der positive Trend ist dem Betrieb der Abwasserbeseitigung mit einem satten Überschuss zuzuschreiben. Mit Ausnahme des Kindergartens, der als markantester Defizitverursacher hervortritt und auch deutliche Defizitsteigerungen aufweist, zeigen die Salden der übrigen Einrichtungen eine positive Tendenz oder zumindest eine gleichbleibende Entwicklung.

Das jährliche Betriebsergebnis der öffentlichen Wasserversorgung schloss im Zeitraum 2009 - 2011 mit einem durchschnittlichen Minussaldo von knapp € 31.000 und wies auch keine markanten Schwankungen auf. Das Ergebnis sollte sich infolge steigender Annuitäten erst 2013 verschlechtern, in der Folge bei Fortbestand des niedrigen Zinsniveaus aber wieder leicht verbessern.

Die Gebührensätze erfüllen die aufsichtsbehördlichen Vorgaben.

Handlungsbedarf allerdings hat die Marktgemeinde im Bezug auf die Durchsetzung der Anschlussverpflichtung an die öffentliche Anlage. Aktuell sind knapp 90 Liegenschaften (ca. 260 Personen), die im Pflichtbereich liegen, tatsächlich nicht angeschlossen, obwohl die Anschlussgebühren entrichtet wurden. Einen Anschlusszwang bei diesen Objekten hat die Marktgemeinde bisher nicht ausgeübt.

Auf die gesetzliche Verpflichtung nach § 1 Abs. 1 Oö. Wasserversorgungsgesetz zur Umsetzung des Anschlusszwanges der betroffenen Liegenschaften wird hingewiesen.

Ein technischer Messfehler führte zu einer erheblichen Differenz von ca. 6.600 m³ zwischen angekaufter und abgegebener Wassermenge. Die Abrechnungskorrektur wurde veranlasst.

Um die Richtigkeit der Abrechnung des Wasserbezuges auch in den dem Jahr 2011 vorangegangenen Jahren feststellen zu können, ist ehestmöglich auch die genaue Überprüfung dieser Jahresabrechnungen der Stadt Passau zu veranlassen. Zur künftigen

Gegenkontrolle der zugeleiteten Wassermenge wird der Marktgemeinde angeraten, einen üblichen Wasserzähler zu installieren und alljährlich einen Abgleich vorzunehmen.

Die Betriebsergebnisse der Abwasserbeseitigung konnten kontinuierlich und in beachtlichem Umfang gesteigert werden. So stieg der Überschuss von ca. € 61.000 im Jahre 2009 auf ein sattes Plus von ca. € 110.000 im Jahre 2011. Zu verdanken ist diese erfreuliche Entwicklung einerseits den stetigen Gebührenzuwächsen und andererseits den gesunkenen Ausgaben, vor allem den Transferleistungen an den Wasserverband bzw. die Stadt Passau. Auch der Netto-Schuldendienst konnte leicht gesenkt werden. Im laufenden Jahr 2012 zeichnet sich allerdings eine spürbare Schmälerung des Überschusses ab, da die Verbandsleistungen einen markanten Anstieg erwarten lassen. Ein Änderungsbedarf bei den Gebühren besteht derzeit nicht.

Der Betrieb der Abfallbeseitigung verursachte im Zeitraum 2009 - 2011 einen Gesamtfehlbetrag von knapp € 12.000, der überwiegend im Jahr 2010 verursacht wurde. Die Gebühren wurden daher mit Beginn 2011 spürbar angehoben. Um finanzielle Härten bei Einmalerhöhungen künftig zu vermeiden und unvorhergesehene Kostenentwicklungen abzufangen, schlagen wir vor, die Abfallgebühren jährlich einer Indexanpassung zu unterziehen.

Zur Abgangsdeckung des Pfarrcaritas-Kindergartens wurden im Jahr 2011 rd. € 81.300, für jedes Kind damit ca. € 1.195 geleistet. Damit liegt die Marktgemeinde im landesweiten Vergleich sehr günstig. Für die Jahre 2009 und 2010 ergibt sich infolge der deutlich geringeren Betriebsabgänge eine noch niedrigere durchschnittliche Bezuschussung durch die Marktgemeinde von lediglich ca. € 836.

Die Betriebsgebarung der Schulausspeisung stellt sich mit einem sehr unterschiedlichen Defizitverlauf dar. Schloss das Jahr 2009 noch mit einem Abgang von ca. € 12.600 ab, so stieg dieser 2010 auf ca. € 22.600 und verringerte sich 2011 auf ein nur mehr bescheidenes Minus von ca. € 2.300. Diese massiven Saldenveränderungen resultieren aus der Abfertigungszahlung im Jahre 2010, die erst im Folgejahr durch die Gastbeiträge der Nachbargemeinden teilbedeckt wurden. Im laufenden Schuljahr 2012 ist allerdings aufgrund eines generellen Schülerrückgangs wieder eine deutliche Verschlechterung zu erwarten.

Weitere wesentliche Feststellungen

Vermietungen

Im neu errichteten Amtsgebäude ist eine Bäckerei mit Cafe zum Mietzins von € 6,35/m² eingemietet. Im Hinblick darauf, dass bei der Planung auf die Einmietung der Geschäftsräume Bedacht genommen und folglich bei der Finanzierung ursprünglich von einer Kostenbeteiligung ausgegangen wurde, ist der vereinbarte und wertgesicherte Mietzins von lediglich € 6,35/m² als Geschäftsmietzins nur schwer akzeptabel, zumal aufgrund der Energiespar-Bauweise auch die Betriebskosten in nur minimalem Umfang anfallen.

Teile des ehemaligen Amtsgebäudes stehen seit 2009 einem Postpartner zur Verfügung. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen sicherzustellen, wurde auch dieser Mietzins (ca. € 4/m²) unter dem Niveau von Geschäftsmieten festgesetzt. Da der Großteil des Objektes gegenwärtig überhaupt ungenutzt bleibt und sich ebensowenig ein Eigenbedarf der Marktgemeinde zur nachhaltigen Gebäudenutzung erkennen lässt, sollten Überlegungen zur Gebäudeveräußerung ernsthaft in Betracht gezogen werden, zumal die Marktgemeinde den Erlös dringend zur Finanzierung der Aufschließung des erworbenen Bauareals im Kubingerfeld benötigen würde.

Eine Verwaltungskostenpauschale als Bestandteil der Betriebskosten wird derzeit nicht für alle vermieteten Räumlichkeiten in Rechnung gestellt. Wir weisen daher nachdrücklich darauf hin, dass nach Ansicht der Finanzverwaltung die an den Bestandnehmer weiter-

verrechneten Betriebskosten zwingend eine Verwaltungskostenpauschale in Höhe von derzeit € 3,25/m² Nutzfläche im Sinne des Mietrechtsgesetzes enthalten müssen.

Versicherungen

Wenngleich die jährlichen Prämienleistungen angemessen erscheinen, so empfehlen wir angesichts der Marktdynamik dennoch, nach der letztmalig im Jahre 1998 erfolgreich durchgeführten unabhängigen Versicherungsanalyse zur Auslotung möglicher Einsparpotenziale die bestehenden Verträge neuerlich einer Optimierungsprüfung durch ein unabhängiges Beratungsunternehmen zu unterziehen.

Außerordentlicher Haushalt

Die Investitionstätigkeit sowie das -volumen von knapp € 3,4 Mio. (inkl. KG) waren angesichts der vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise generell abflauenden Bautätigkeit relativ beachtlich. Den Schwerpunkt bildeten die Errichtung des Amtsgebäudes und der weitere Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Wasserversorgung und der Kanalisation, aber auch des Straßennetzes. Um der Abwanderungstendenz entgegenzusteuern, investierte die Marktgemeinde auch beachtlich in den Ankauf von Grundstücken, die nach erfolgter Aufschließung an Bauwerber veräußert werden sollen.

Weitere Mittel, wenn auch in bescheidenerem Umfang, wurden u. a. aufgewendet für die Sanierung des Bauhofs und einen Fahrzeugankauf, die Errichtung eines Spielplatzes im Ort, zur Unterstützung des Sportvereins für einen Tribünenneubau und zur Teilsanierung der Volksschule.

Der ao. Haushalt schließt Ende 2011 mit einem Soll-Überschuss von ca. € 236.000 ab, der primär aus den Verkäufen von Baugrundstücken resultiert.

Die Finanzierungen der laufenden Vorhaben sind zum überwiegenden Teil gesichert. Ein offener Ausfinanzierungsbedarf zeichnet sich ab beim Amtsgebäudeumbau, dessen Endabrechnung zwar noch nicht vorliegt, für den aber infolge einer leichten Kostenüberschreitung noch Mittel von rd. 32.000 aufzubringen sind.

Auch zur Beendigung des Straßenbauprogramms 2005 - 2009, das sich tatsächlich auf den Zeitraum 2004 - 2012 erstreckt, hat die Marktgemeinde voraussichtlich noch einen bescheidenen Mittelbedarf von lediglich etwa € 12.000. Die Bedeckung sollte aber weitestgehend mittels Interessentenbeiträgen möglich sein.

Im mittelfristigen Investitionsplan ist im Wesentlichen die Weiterführung der laufenden Vorhaben vorgesehen, u.a. die Ausfinanzierung des neuen Amtsgebäudes, die Fortsetzung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahn im Bereich Ingling und die Erweiterung des Wasserversorgungsnetzes (BA 02 und Kubing). Den besonderen Investitionsschwerpunkt in den nächsten Jahren bildet jedoch die noch im laufenden Jahr beginnende Aufschließung des im Kubingerfeld erworbenen Areals zur Schaffung von Baugründen und auch die Grunderwerbskosten, die in Teiltranchen bis 2015 fällig werden. Vor allem die Aufschließung durch Wasser, Abwasserbeseitigung und Verkehrsflächen stellt durch die Beanspruchung von Fremdfinanzierungen eine nachhaltige finanzielle Herausforderung dar, die allerdings im Investitionsplan noch nicht berücksichtigt ist, da hierfür derzeit ein Finanzierungskonzept noch fehlt.

Auch die bereits seit Jahren forcierte Hauptschulsanierung ist ein Zukunftsprojekt mit erheblichem finanziellen Umfang. Der Beginn der Realisierung ist abhängig von der verbindlichen Aufnahme in das Schulbauprogramm und lässt sich vorerst noch nicht abschätzen.

Detailbericht

Die Gemeinde

Politischer Bezirk:	Schärding	Infrastruktur Bildung, Kinderbetreuung:	
Gemeindegröße:	31,62 km ²	Kindergarten (Caritas)	1
Seehöhe (Hauptort):	543 m	Volksschule	1
Besiedelung:	14 Ortschaften	Hauptschule	1
Einwohner:		Infrastruktur Straßen:	
Volkszählung 2001	2.382	Gemeindestr., Siedlungsstr. ~	15,0 km
ZMR 2008	2.332	Güterwege/Zufahrten	44,3 km
ZMR 2009	2.306	Landesstraßen	26,1 km
ZMR 2010	2.292	Feuerwehren:	1 (3 Löschzüge)
Wirtschaftsbetriebe:		Ausgegliederte Rechtsträger, Beteiligungen:	
Agrar-, Forstbetriebe	137	Verein zur Förderung der Infrastruktur der	Gemeinde Schardenberg & Co KG
Gewerbe, Industrie	52	Wesentliche Mitgliedschaften, Kooperationen:	
Gemeinderat:	25 Mitglieder (ÖVP 17, SPÖ 4, FPÖ 4)	Bezirksabfallverband Schärding	
Bürgermeister:	ÖVP	Sozialhilfeverband Schärding	
Budgetrahmen:	€ 3,1 Mio. (Einnahm.)	Wasserverband Haibachtal (WVA, ABA)	
Finanzkraftfrang 2010:		Wegeerhaltungsverband Innviertel	
Bezirk (30 Gemeinden)	23	Leaderregion Sauwald	
OÖ.(444 Gemeinden)	348	Euregio Inn-Salzach	

Die Marktgemeinde Schardenberg - auf einer Seehöhe von 543 m gelegen - gehört mit einer Fläche von 31,62 km² zu den flächenmäßig größeren Gemeinden des Bezirkes Schärding. 14 Ortschaften sind durch knapp 60 km Güterwege, Gemeinde- und Siedlungsstraßen verbunden.

Schardenberg hat sich von einer ursprünglich land- und forstwirtschaftlich geprägten Gemeinde zu einer sehr attraktiven Wohngemeinde entwickelt. Maßgeblich hierfür waren bzw. sind die Nähe zur Bezirksstadt Schärding, eine hervorragende Infrastruktur mit einer intakten Nahversorgung, der Hauptschulstandort von 3 Gemeinden und eine aktive Bodenpolitik, mit der langfristig erschwingliche Baulandflächen zur Verfügung gestellt werden sollen. Nicht zuletzt hat die Marktgemeinde auch einen hohen Bekanntheitsgrad als Wallfahrtsort, der regelmäßig tausende Besucher anzieht.

Die aufstrebende Entwicklung der Marktgemeinde führte schließlich auch zur Markterhebung im Jahre 2009.

Mit dem Erwerb von Bauland versucht die Marktgemeinde, die Voraussetzungen für eine verstärkte Siedlungstätigkeit zu schaffen, um der generell weiter zunehmenden Abwanderung aus ländlichen Gebieten entgegenzusteuern, wie sie auch in Schardenberg festzustellen war (VZ 2001 2.382 Ew.; ZMR 2010 2.292 Ew.). Allerdings scheint die aktive Siedlungspolitik nunmehr zu fruchten. Lt. Registerzählung 2011 zeichnet sich mit 2.306 Ew. erfreulicherweise eine Trendumkehr ab.

Die wirtschaftliche Ausrichtung der Marktgemeinde spielt auf Grund der relativ geringen Anzahl an Betrieben, vorwiegend Kleinbetrieben, eine eher untergeordnete Rolle. Dementsprechend ist auch die finanzielle Ausstattung der Marktgemeinde, die mit ihrer im landesweiten Vergleich schlecht positionierten Finanzkraft, verbunden mit den rückläufigen Einnahmen bei den gemeinschaftlichen Abgaben seit der Wirtschaftskrise, und den andererseits ständig steigenden Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich den Haushaltsausgleich (2009 erstmals Abgangsgemeinde) nicht mehr schafft.

Den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit der letzten Jahre bildeten die Errichtung des Amtsgebäudes und der weitere Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Wasserversorgung und der Kanalisation, aber auch des Straßennetzes. Zur Ankurbelung der Siedlungstätigkeit hat die Marktgemeinde auch beachtlich in den erwähnten Ankauf von Grundstücken investiert.

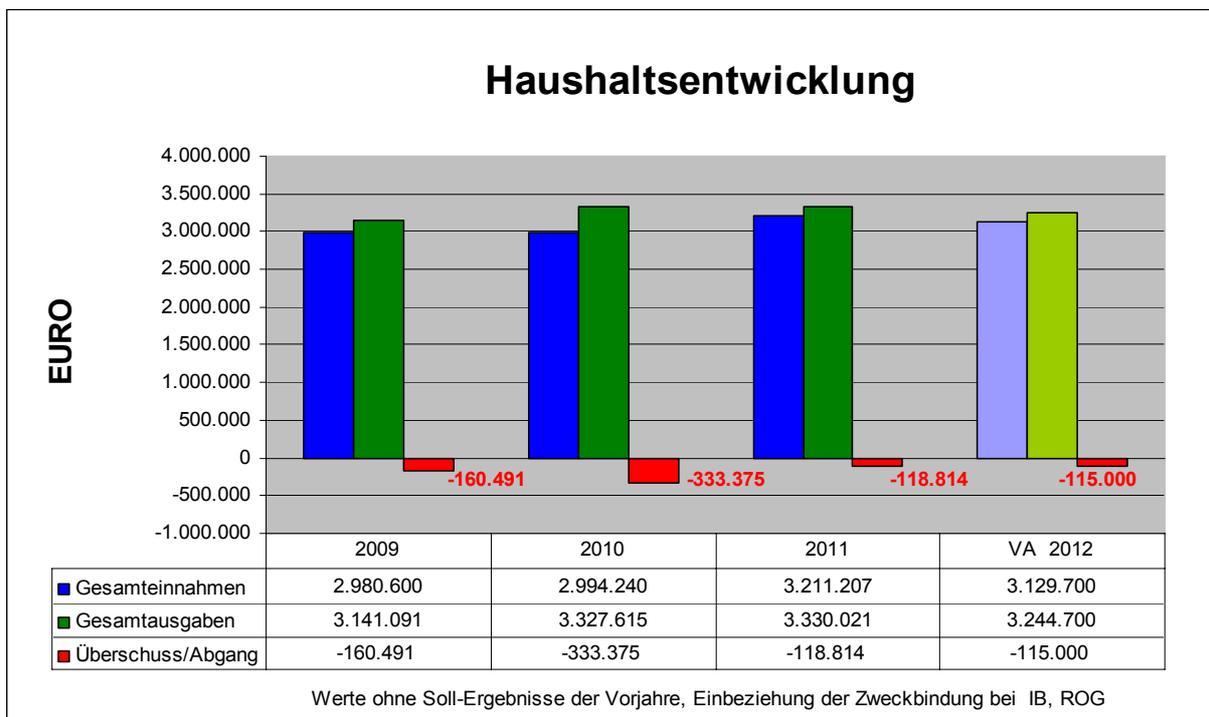
Weitere bescheidenere Mittel wurden u. a. aufgewendet für die Sanierung des Bauhofs, einen Fahrzeugankauf, die Errichtung eines Spielplatzes im Ort, die Unterstützung des Sportvereins für einen Tribünenneubau und zur Teilsanierung der Volksschule.

Den besonderen Investitionsschwerpunkt in den nächsten Jahren bilden die Grunderwerbs- und Aufschließungskosten für das im Kubingerfeld erworbene Areal zur Schaffung von Baugründen.

Auch die bereits seit Jahren forcierte Hauptschulsanierung ist ein Zukunftsprojekt mit erheblichem finanziellen Umfang. Der Beginn der Realisierung ist abhängig von der verbindlichen Aufnahme in das Schulbauprogramm und lässt sich vorerst noch nicht abschätzen.

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



Die Marktgemeinde erwirtschaftete erstmals im Jahre 2009 ein negatives Haushaltsergebnis. Lt. RA betrug der buchmäßige Abgang ca. € 128.400. Dieser Wert stellt sich im Vergleich zum grafischen Ergebnis - bereinigt um die Vorjahressalden und abzüglich der im ordentlichen Haushalt zweckwidrigerweise verbliebenen Interessentenbeiträge - deutlich positiver dar, da aus dem Jahr 2009 noch ein Überschuss von ca. € 16.000 übernommen werden konnte und, wie in den Folgejahren 2010 und 2011 auch, Interessentenbeiträge im allgemeinen Haushalt belassen wurden, die entsprechend ihrer Zweckwidmung zu verwenden gewesen wären.

Dass die Marktgemeinde in den Jahren zuvor trotz der schlechten Finanzkraft, bedingt durch strukturelle Schwächen, eine defizitäre Finanzlage über Jahre nicht nur vermeiden, sondern noch beachtliche Überschüsse erzielen bzw. diese in Form hoher Zuführungen zu ao. Investitionen einsetzen konnte und auch die eingetretene Abgangssituation überschaubar ist, verdankt sie nicht nur den jährlich gewährten hohen Einkünften aus den Finanzzuweisungen und der Strukturhilfe, sondern auch den beträchtlichen Finanzierungszuschüssen zu den Kanalbaudarlehen, womit der Netto-Schuldendienst stets auf einer akzeptablen Größe gehalten werden konnte.

Die ab 2009 analog zum generellen kommunalen Trend abrupt eingetretene finanzielle Schieflage der Marktgemeinde wurde zwar durch die drastischen Folgen der Wirtschaftskrise verursacht, diese verschärfte aber zugleich die sich bereits seit Jahren abzeichnende bedenkliche Entwicklung der Umlagen, die in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Auch die Strukturhilfe brach gänzlich weg.

Im Jahre 2010 spitzte sich die Finanzlage neuerlich zu, das Rechnungsergebnis rutschte auf ein Minus von ca. € 391.000. Nicht nur, dass der Abgang 2009 lediglich teilbedeckt wurde, sondern, wie ua. Grafik zu entnehmen ist, schnitt das Jahr 2010 auch mit dem bisher schlechtesten Jahresergebnis (s. freie Finanzspitze) ab, verursacht durch das anhaltend tiefe Niveau bei den Ertragsanteilen einerseits und den kräftigen Umlagenanstieg andererseits.

Das Finanzjahr 2011 wies zwar das bisher höchste Defizit lt. RA auf, da der hohe Abgang 2010 gemeinsam mit dem Defizit 2011 erst im laufenden Jahr 2012 bei der Abgangdeckung durch BZ-Mittel Berücksichtigung fand, das Jahresergebnis aber, gemessen an der freien Finanzspitze, verringerte sich erfreulicherweise um knapp € 200.000. Die generell wirtschaftliche Erholung mit einem Zuwachs an Ertragsanteilen, die beinahe wieder an das Spitzenniveau des Jahres 2008 heranreichen, und im Gegenzug die erstmalige Verflachung bei den Umlagensteigerungen machten im Wesentlichen diese Trendumkehr möglich.

Ergänzend zu den Rechnungsabschlussergebnissen sind zur Veranschaulichung nachstehend auch die freien Finanzspitzen gegenübergestellt, die sich ausschließlich aus den laufenden Haushaltseinnahmen und -ausgaben errechnen und damit ein Indikator für die Eigenfinanzierungskraft bzw. die tatsächliche Leistungsfähigkeit einer Gemeinde sind:

	2009	2010	2011
RA - Ergebnisse inkl. Vorjahre rd. €	- 128.400	- 390.800	- 492.800
Freie Finanzspitzen lt. RA rd. €	- 120.000	- 279.000	- 84.000

Künftige Entwicklung - Mittelfristiger Finanzplan (MFP)

Im Budget 2012 wurde ein Defizit iHv € 115.000 veranschlagt, womit sich die Finanzlage neuerlich merklich bessern sollte.

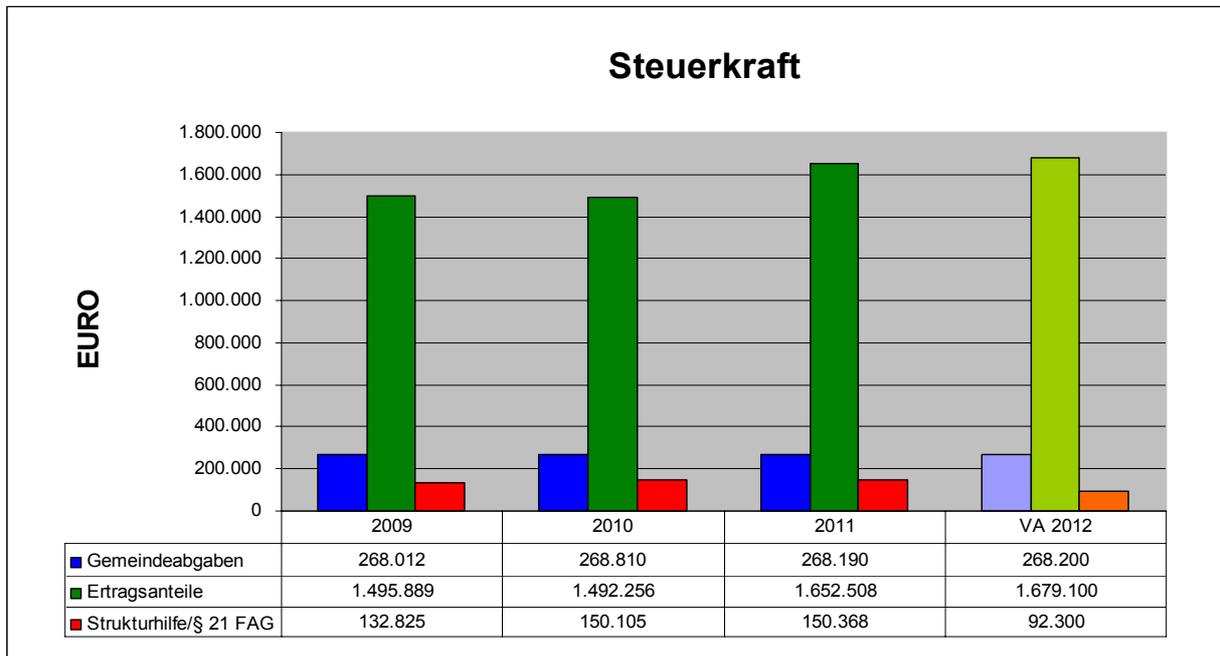
Wenngleich zusätzlich noch ein unbedeckter Abgang aus 2011 von ca. € 62.000 zu finanzieren ist, so scheint die Annahme eines sehr moderaten Defizits im laufenden Jahr dennoch legitim. Jedenfalls kann davon ausgegangen werden, dass das Defizit 2012 nicht den veranschlagten Wert übersteigen wird. Zum Einen hält der prognostizierte bzw. veranschlagte Zuwachs an Ertragsanteilen Schritt mit dem tatsächlichen bisherigen Aufkommen und auch die mittlerweile angewiesene Finanzzuweisung übersteigt den veranschlagten Wert erfreulicherweise um ca. € 73.000, andererseits zeichnet sich ausgabenseitig u. a. eine neuerliche Verringerung des Netto-Schuldendienstes ab. Eine mittlerweile generell eingeleitete Senkung des Zinsniveaus ab dem 2. Halbjahr 2012 sowie die erst im laufenden Jahr 2012 umgesetzten Darlehensstreckungen fanden noch keine Berücksichtigung im Voranschlag und werden das Budget zusätzlich entlasten. Eine ausgabenseitige Belastung ist vorerst lediglich im Bereich Kindergarten zu erwarten. Durch die Neueinführung einer Krabbelstube ab Herbst werden Zusatzkosten von ca. € 13.000 auflaufen.

In Summe sollte 2012 im Vergleich zu den Vorjahren eine weitere Steigerung der Eigenfinanzierungskraft möglich sein.

Der mittelfristige Finanzplan (2013 - 2015) überrascht allerdings wieder mit steigenden negativen Budgetspitzen in der durchschnittlichen Größenordnung von € 230.000, die damit in etwa dem doppelten Umfang der Werte 2012 entsprechen. Verantwortlich für diesen Negativtrend sind die prognostizierten Transfers Krankenanstaltenbeitrag und Bezirksumlage, welche nach wie vor proportional zu den Ertragsanteilen ungleich höher steigen werden, wenngleich in geringerem Umfang als bisher.

Im Hinblick auf die Ungewissheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung vor dem Hintergrund der Schuldenkrise weisen wir aber darauf hin, dass Prognosen über die Entwicklung kommunaler Haushalte nur mit großem Vorbehalt zu beurteilen sind. Die Ausgabendynamik ist gegenwärtig stärker als die Einnahmendynamik und könnte u. a. im Bereich des Zinsendienstes noch unerwartete Belastungen mit sich bringen.

Finanzausstattung



Die Marktgemeinde rangierte mit ihrer Finanzkraft (Gemeindeabgaben und Ertragsanteile) im Vergleich mit allen 444 öö. Gemeinden auf Basis der Ergebnisse 2010 an 348. Stelle und innerhalb des Bezirkes Schärzing (30 Gemeinden) an 23. Stelle und ist damit schlecht positioniert.

Aufgrund ihrer geringen Finanzkraftkopfquote kommt die Marktgemeinde auch in den Genuss der Strukturhilfe und der Finanzausweisung gem. § 21 FAG.

Erreichte die gesamte Steuerkraft der Marktgemeinde (Finanzkraft zuzüglich Strukturhilfe und Finanzausweisung) im Jahr 2008 noch einen Spitzenwert von ca. € 2,16 Mio., so ist sie 2009 primär infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise auf ca. € 1,9 Mio. abgesunken, hat sich 2010 kaum erholt und konnte erst 2011 wieder ein deutliches Plus verzeichnen. Der abrupte Einbruch 2009, verschärft auch durch den Einwohnerrückgang, bescherte der Marktgemeinde ein kräftiges Minus von ca. € 269.000 und trug entscheidend zur erstmaligen Abgangssituation bei. Dieser Rückgang konnte im Zeitraum 2009 - 2011 mit einem Plus von insgesamt lediglich € 174.000 nur zum Teil wettgemacht werden.

Für das laufende Jahr 2012 zeichnet sich lt. Grafik (VA 2012) zwar wieder ein spürbarer Rückgang der Steuerkraft ab, die Werte inkludieren allerdings nicht den 2. Verteilervorgang bei der Finanzausweisung, die mittlerweile sogar in unerwartetem Umfang angewiesen wurde.

Die Ertragsanteile als dominierender Bestandteil der Finanz- bzw. Steuerkraft sind von einem Allzeithoch im Jahr 2008 iHv ca. € 1,67 Mio. im Jahr 2009 um ca. € 174.000 infolge der Finanzkrise drastisch auf nur mehr knapp € 1,5 Mio. eingebrochen. Dieses Ertragsniveau konnte 2010 annähernd beibehalten werden. Erst 2011 hat die Konjunkturbelebung wieder für einen kräftigen Zuwachs bei den gemeinschaftlichen Abgaben gesorgt. Für das laufende Jahr 2012 zeichnen die aktuellen Prognosen ein sehr positives Bild, sodass voraussichtlich wieder mit dem Ertragsniveau 2008 gerechnet werden kann.

Die Gemeindeabgaben hielten sich seit 2008 auf einem fast unveränderten Aufkommensniveau in der Größenordnung von ca. € 268.000, wobei allerdings auch die Kommunalsteuer 2009 im Sog der Krise einknickte, Nachzahlungen infolge von Grundsteueraufrollungen diesen Rückgang aber wieder kompensierten. Die Kommunalsteuer als gewichtigste gemeindeeigene Abgabe zeigt insgesamt zwar einen kontinuierlichen leichten Aufwärtstrend,

bleibt aber mit ihrem Aufkommensumfang von ca. € 140.000, gemessen an der Größe der Marktgemeinde, eine eher unterdurchschnittliche Finanzgröße.

Die Strukturhilfe - sie betrug 2008 noch knapp € 92.000 - wurde 2009 gänzlich aberkannt, im Jahr 2010 in der bescheidenen Größe von ca. € 18.000 wieder angewiesen und 2011 auf ein moderates Niveau von ca. € 67.000 angehoben. Mit diesem Wert wurde sie auch 2012 veranschlagt.

Die Finanzzuweisung wurde 2008 - 2010 jährlich in der Größenordnung von rd. € 130.000 gewährt, ehe sie 2011 um knapp € 50.000 gekürzt wurde. Für das laufende Jahr 2012 wurde sie mit ca. € 97.000 angewiesen und übersteigt damit die Erwartungen.

Steuer- und Abgabenrückstände

Offene Forderungen an Steuern und Abgaben (inkl. Aufschließungs- und Erhaltungsbeiträge) hafteten mit Ende 2011 iHv ca. € 11.500 aus und bewegten sich, gemessen am Gesamtsteuerertrag von ca. € 289.000, in einem akzeptablen Rahmen. Die Gebührenrückstände bei betrieblichen Einrichtungen, insbesondere der Abwasserbeseitigung, lagen mit ca. € 18.500 deutlich höher und sind teilweise auf nicht zeitgerechte Einzahlungen von Dezembervorschreibungen zurückzuführen. Auffällig ist jedenfalls, dass die Marktgemeinde zwar ihren vierteljährlichen Mahnlauf umsetzt, aber bislang kaum die in der BAO vorgesehenen rechtlichen Möglichkeiten zur rechtzeitigen Sicherstellung der Abgaben ausgeschöpft und daher auch keine diesbezüglichen Gebühren vereinnahmt hat.

Auf Grund der seit 1. Jänner 2010 gültigen Bestimmungen der Bundesabgabenordnung (BAO) sind Verspätungszuschläge für nicht fristgerecht abgegebene Abgabenerklärungen (bis zu 10 % der selbstberechneten Abgabe), Aussetzungszinsen (6 %, jedoch mindestens € 10,00 ab einer Abgabenschuld von mindestens € 200), Säumniszuschläge (in Höhe von 2 % jedoch mindestens € 5,00) und Mahngebühren (in Höhe von 0,5 % jedoch mindestens € 3,00 und höchstens € 30) vorzuschreiben.

Das vom Softwareunternehmen angebotene bzw. vorgegebene Mahnprogramm kann diesen Schritt wesentlich unterstützen.

Erwähnenswert ist auch, dass die Quote an Abbuchungsaufträgen nur knapp 50 % beträgt. Dieser Wert ist nicht befriedigend und im bezirksweiten Vergleich auch unterdurchschnittlich.

Es wird daher dringend empfohlen, in regelmäßigen Abständen die Bewerbung von Abbuchungsaufträgen zu forcieren.

Aufschließungs- und Erhaltungsbeiträge

Abweichend von der gesetzlichen Vorgabe nach dem Oö. Raumordnungsgesetz 1994 (Oö. ROG 1994), ab 1999 Aufschließungsbeiträge vorzuschreiben, ist die Marktgemeinde ihrer Vorschreibungsverpflichtung erst im Jahr 2004, somit zum letztmöglichen Zeitpunkt, nachgekommen, womit auch die Erhaltungsbeiträge gem. § 28 Abs. 1 Oö. ROG 1994 verspätet vorgeschrieben werden mussten.

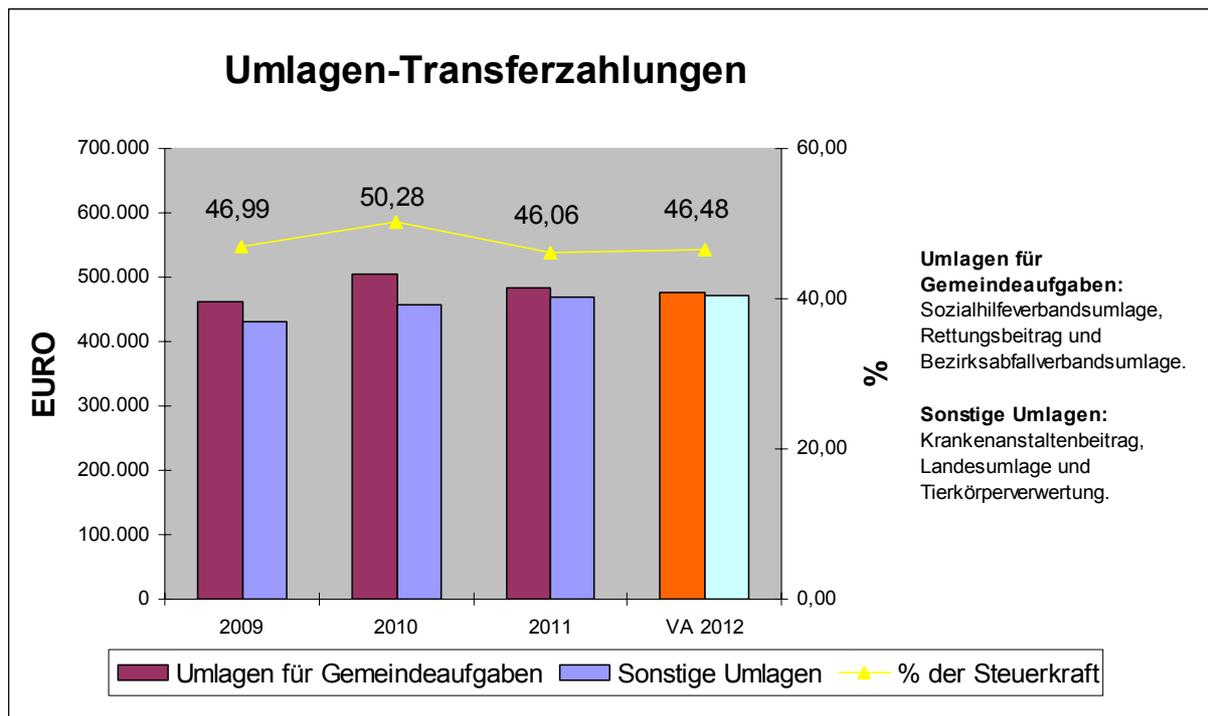
Bis Jahresende 2011 bezifferten sich die vereinnahmten Aufschließungsbeiträge auf insgesamt knapp € 257.000. Davon entfielen auf den Bereich

- Verkehrsflächen rd. € 112.000,
- Wasserversorgung rd. € 39.000 und
- Abwasserbeseitigung rd. € 106.000.

Die Aufschließungsbeiträge wurden großteils im ordentlichen Haushalt belassen und standen so mit jährlich durchschnittlich ca. € 32.000 für alle Bereiche des Haushaltes zur Verfügung. Gemäß ihrer gebotenen Zweckbindung wären diese richtigerweise bei nicht adäquater Verwendung im Jahr der Vereinnahmung einer Rücklage zuzuführen gewesen.

Erhaltungsbeiträge im Wasser- und Abwasserbereich vereinnahmte die Marktgemeinde erstmals im Finanzjahr 2009.

Umlagen



Die Entwicklung des gesamten Umlagevolumens, insbesondere der beiden gewichtigsten Leistungsgrößen, der SHV- bzw. Bezirksumlage und des Krankenanstaltenbeitrags, stellt sich für den Betrachtungszeitraum wie nachstehend dar:

	2009	2010	2011	2012 VA
Umlagen gesamt	891.238	961.031	954.003	948.100
SHV-Umlage	421.464	464.061	445.524	443.900
Krankenanstaltenbeitrag	370.006	396.183	404.513	400.700

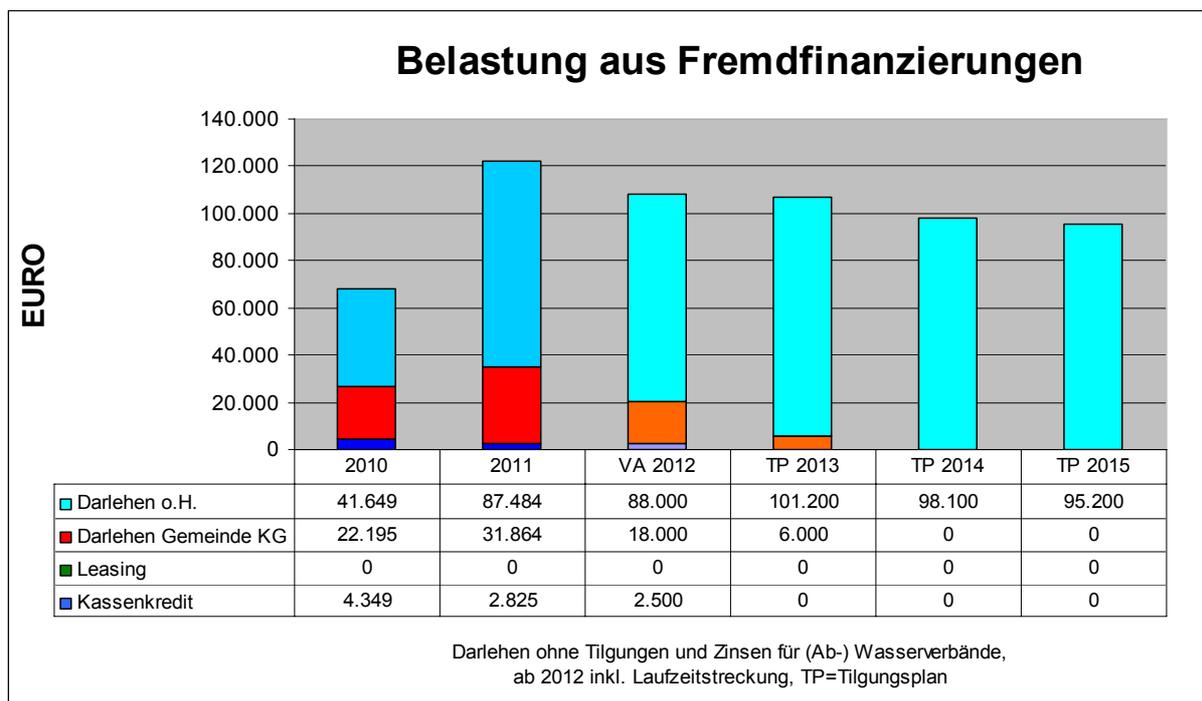
Die Umlageleistungen sind, wie der Tabelle zu entnehmen ist, innerhalb der letzten 3 Jahre um knapp € 63.000 gestiegen. Diese Steigerungsquote von ca. 7 % kann im Langzeitschnitt als unterdurchschnittlich bezeichnet werden, kam allerdings nur dadurch zustande, dass nach den massiven Steigerungen in den Jahren 2009 und 2010 in der Größenordnung von jeweils ca. € 70.000, die nicht unwesentlich zur Entstehung der defizitären Haushaltslage beigetragen haben, erstmals im Jahr 2011 in Summe ein minimaler Rückgang zu verzeichnen war. Die Bezirksumlage erfuhr eine deutliche Absenkung, während der Krankenanstaltenbeitrag im Vergleich dazu nur leicht anstieg.

Die signifikante Steigerung im Jahre 2010, vor allem bei der Bezirksumlage, beruht darauf, dass zur Bemessung das zweitvorangegangene Jahr herangezogen wird. Das Jahr 2008 ragte zwar mit einem Finanzkraft-Spitzenwert heraus, bewirkte aber den erwähnten Umlagenanstieg.

Der durch die Umlage- und Transferleistungen gebundene Anteil der Steuerkraft lag im Jahr 2011 bei ca. 46 %.

Die für das laufende Jahr 2012 zu erwartenden Umlageleistungen sind insgesamt erstmals mit einer Kostenabsenkung veranschlagt. Eine Langzeitprognose lässt sich daraus allerdings nicht ableiten, da sich die Ausgabendynamik der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen weiter fortsetzen wird. Damit verbunden wäre auch ein erhöhter Konsolidierungsbedarf der Marktgemeinde.

Fremdfinanzierungen



Die Belastung aus Fremdfinanzierungen resultiert überwiegend aus Darlehensverbindlichkeiten der Marktgemeinde und in beachtlichem Umfang, aber für einen begrenzten Zeitraum, auch aus der Inanspruchnahme eines Zwischenkredites für den Amtsgebäude-Neubau im Rahmen der KG-Finanzierung. Die Zinsbelastung infolge der Kassenkreditbeanspruchung ist eher marginal und sollte sich in absehbarer Zeit noch weiter verringern.

Verbindlichkeiten aus darlehensähnlichen Finanzierungsformen (Leasing) bestehen zur Zeit nicht.

Grafisch nicht erfasst sind die alljährlich zu leistenden Annuitäten an den Wasserverband Inn-Haibachtal. Unter Hinzurechnung dieses Schuldendienstes errechnet sich für die Marktgemeinde nachstehende Gesamtbelastung aus Fremdfinanzierungen:

	2010	2011	VA 2012	TP 2013	TP 2014	TP 2015
Gesamter Schuldendienst lt. oa. Grafik	68.193	122.173	108.500	107.200	98.100	95.200
Annuitäten WV Haibachtal	62.522	59.998	74.600	75.000	75.000	75.000
Gesamt-Summe	130.715	182.171	183.100	182.200	173.100	170.200

Die für 2011 ermittelte Gesamtschuldendienstquote von ca. € 182.000 bindet ca. 5,7 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes und bewegt sich damit auf akzeptablem Niveau, das auch mittelfristig in ähnlicher Größenordnung erwartet werden kann, solange keine nachhaltigen Veränderungen der momentan außerordentlich günstigen Zinslandschaft eintreten.

Darlehen der Marktgemeinde

Der die Marktgemeinde belastende Schuldenstand bezifferte sich mit Ende 2011 auf rd. € 4,238 Mio. und hat sich damit gegenüber 2010 um knapp € 39.000 verringert.

Nicht inkludiert sind dabei Investitionsdarlehen des Landes iHv ca. € 816.000, die tilgungsfrei gestellt sind und keinerlei Budgetbelastung verursachen.

Rd. 86 % des Darlehensumfanges sind dem Siedlungswasserbau und dabei insbesondere dem Kanalbau zuzuordnen.

Die Zinssätze sind durchwegs marktkonform und basieren überwiegend auf dem 6-Monats-Euribor.

Bewegte sich der Netto-Schuldendienst der Gemeindedarlehen im Jahr 2010 mit knapp € 42.000 noch auf relativ geringem Niveau, so stieg er im Jahr 2011 auf ca. € 87.000, hat sich also mehr als verdoppelt. Ausschlaggebend hierfür waren neu bzw. verstärkt einsetzende Tilgungen, ein leicht gestiegenes Zinsniveau sowie geringere Finanzierungszuschüsse.

Auf Basis gegenwärtiger Berechnungen lt. den vorliegenden Tilgungsplänen wird die Schuldendienstquote im laufenden Jahr 2012 ähnlich hoch sein und ab 2013 durch das Einsetzen weiterer Rückzahlungen um ca. € 13.000 steigen. In den Folgejahren sollte sich das Belastungsniveau durch die natürliche Zinsenverflachung leicht entspannen.

Mangels einer noch fehlenden Finanzierungsdarstellung sind in der mittelfristigen Vorausschau bzw. den oa. Grafiken die voraussichtlich notwendig werdenden Neuaufnahmen von Darlehen in der grobgeschätzten Größenordnung von € 700.000 für die Aufschließung der Baugründe im Kubingerfeld noch nicht berücksichtigt. Sie hätten wieder einen Anstieg des Schuldendienstes zur Folge.

Die für Abgangsgemeinden aufsichtsbehördlich geforderte Darlehensoptimierung im Bereich des Siedlungswasserbaus hat die Marktgemeinde bereits umgesetzt, die daraus erzielten Einsparungen werden aber erst im laufenden Jahr 2012 wirksam, allerdings durch Neubelastungen wieder kompensiert.

Darlehen der KG

Gemäß genehmigtem Finanzierungsplan zur Neuerrichtung des Amtsgebäudes sind für die Jahre 2011 und 2013 insgesamt BZ-Mittel iHv € 2 Mio. vorgemerkt. Zur Vorfinanzierung dieser Fördermittel musste daher im Jahre 2007 ein Zwischenkredit in diesem Umfang aufgenommen werden, der gegenwärtig analog zur offenen Fördersumme mit € 1,4 Mio. aushaftet.

Die vereinbarte Zinskondition (6-Monats-Euribor + 0,09 %) erweist sich als außerordentlich günstig.

Die Zinsbelastung betrug 2010 noch rd. € 22.000 und stieg im Jahr 2011 infolge einer generellen Zinsanhebung auf rd. € 32.000. Mit der im Laufe der Prüfung veranlassten Flüssigmachung der vorletzten BZ-Rate von € 700.000 kann daher im laufenden Jahr 2012 voraussichtlich mit einem Zinsrückgang auf ca. € 18.000 gerechnet werden. Die Resttilgung erfolgt im Jahr 2013. Die Kreditzinsen sollten sich damit jedenfalls deutlich minimieren.

Die jährliche Zinsbelastung hat die Marktgemeinde alljährlich im Wege des Liquiditätszuschusses zu tragen.

Kassenkredit

Der Kassenbestand weist mit Ende 2011 einen hohen Negativwert von ca. € 477.000 auf und ist ausschließlich der fehlenden Liquidität im ordentlichen Haushalt (Defizit 2011 und unbedeckter Abgang 2010) zuzuschreiben.

Während des Jahres musste der mit einem Höchststrahlen von ca. € 485.000 festgesetzte Kassenkredit trotz des unbedeckten Abganges 2010 nur zu rd. 31 % in Anspruch genommen werden, da die Liquidität durch den Verkaufserlös der Volksschule Achleiten beträchtlich gesteigert werden konnte. Entlastend wirkte auch der Überschuss im oa. Haushalt durch Baugrundverkäufe. Die Zinsbelastung des Vorjahres hielt sich bei einem Durchschnittszinssatz von rd. 1,94 % mit ca. € 2.800 bescheiden.

Der Erlös aus dem Verkauf der Volksschule Achleiten wurde gegen Ende des Jahres dem Haushalt entnommen und einer Kapitalrücklage (Subkonto) zugeführt, womit das Kapital 2012 nicht mehr zur Liquiditätsstützung zur Verfügung steht und sich damit der finanzielle

Engpass im ersten Halbjahr wieder verstärkt hat. Die mittlerweile zuerkannte BZ-Abgangsdeckung für die Jahre 2010 und 2011 und die unerwartet hohe Finanzzuweisung entspannten die Finanzlage noch im Laufe der Prüfung merklich und bescherten der Marktgemeinde wieder eine ausreichende Liquidität.

Die für 2011 und 2012 vereinbarten Zinssätze (3-Monats-Euribor + 0,59 % bzw. 0,69 %) erweisen sich als marktkonform. Ausschreibungen sind gänzlich unterblieben. Die Marktgemeinde bzw. in deren Auftrag die örtliche Bank hat sich aber an den bezirksüblichen Zinskonditionen orientiert.

Zur künftigen Handhabung bei der Kreditvergabe verweisen wir daher auf die Empfehlung der Direktion Inneres und Kommunales, wonach die Einholung von mindestens 3 Angeboten, davon eines einer überregional tätigen Bank, nötig ist.

Haftungen

Mit Ende 2011 bestanden bei der Marktgemeinde Haftungen in der Gesamthöhe von rd. € 4,134 Mio., wovon rd. € 2,134 Mio. auf den Wasserverband Inn-Haibachtal und € 2 Mio. auf die "gemeindeeigene" KG (Zwischenfinanzierung des Amtsgebäudeneubaus) entfielen.

Der im RA-Nachweis ausgewiesene Haftungsumfang ist unter Berücksichtigung der getätigten Tilgungen jährlich zu aktualisieren.

Rücklagen

Mit Ende 2011 verfügte die Marktgemeinde über nachstehend Rücklagenbestände:

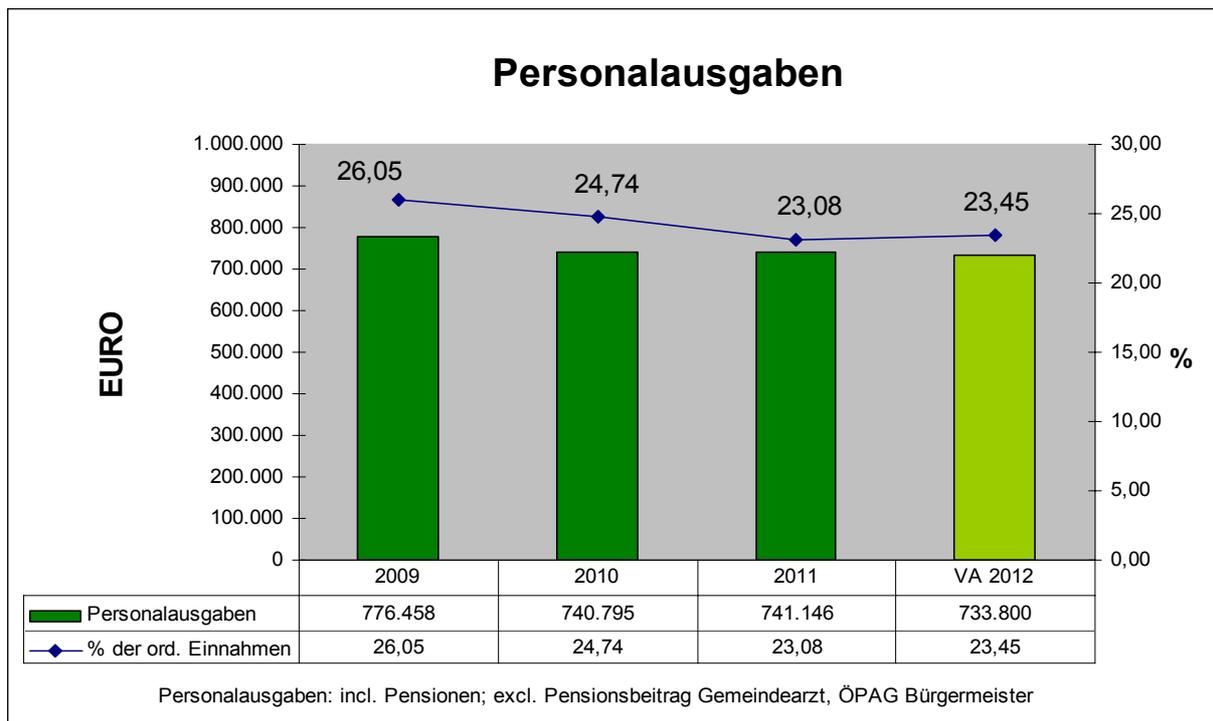
Rücklagen	Bestand Ende 2011 lt. Nachweis RA
Bürgermeister-Pension	110.803
Kautionen lt. Mietrechtsgesetz (2 Sparbücher)	3.400
Erlös aus Verkauf VS Achleiten	263.500
Summe	377.703

Die Bürgermeister-Rücklage ist sukzessive entsprechend der Neuregelung der Entrichtung des Anrechnungsbetrages in 5 gleichhohen Jahresraten aufzulösen.

Abweichend vom RA-Nachweis bezifferte sich der tatsächliche Bestand an Kautionen auf insgesamt € 3.424,53. Die Differenz ist zu klären. Darüberhinaus empfehlen wir, die Sparbücher nach der Zinsaufrechnung für das Jahr 2011 aufzulösen und in die Verwahrungsgeldrechnung zu übernehmen.

Der Verkaufserlös der VS Achleiten ist ebenfalls in die Verwahrungsgeldrechnung zu übernehmen, um die Liquidität zu stützen.

Personal



Die Aufwendungen für das Personal (einschließlich der Pensionsbeiträge) verringerten sich von rd. € 776.000 im Jahre 2009 auf rd. € 741.000 im Jahre 2010 und konnten auf diesem Niveau auch 2011 beibehalten werden. Die lt. VA 2012 neuerlich vorgesehene Einsparung ist mittlerweile zu revidieren, da infolge der unvorhergesehenen Installierung einer Krabbelstube ab Herbst 2012 zusätzliches pädagogisches Personal benötigt wird.

Zurückzuführen sind die Kostenstagnation bzw. der -Rückgang in den letzten beiden Jahren und der für 2012 veranschlagte Minderaufwand zum Einen auf überdurchschnittlich hohe Lohnkosten im Jahr 2009, primär verursacht durch Abfertigungen, zum Anderen auf Neuanstellungen mit geringeren Löhnen und die durch die Auflösung der Volksschule Achleiten mit Herbst 2011 erzielte Einsparung einer Reinigungskraft.

Die für die Größenordnung der Marktgemeinde moderate Lohnkostenquote von ca. 23 % der ordentlichen Einnahmen ist hauptsächlich dem Umstand zu verdanken, dass nicht die Marktgemeinde, sondern die Pfarrcaritas den Kindergarten führt.

Im Jahre 2011 waren insgesamt 19 Bedienstete mit rd. 14,89 (Personaleinheiten) in nachstehenden Bereichen beschäftigt. Vergütungsleistungen zwischen den einzelnen Kostenstellen sind dabei nicht berücksichtigt:

Ansatz	aufsichtsbeh. genehmigte PE	aktueller Ist-Stand PE	Anzahl Bed.	Pers. Aufwand (rd. €) (ohne Pensionsbeitrag)
Allgem. Verwaltung	6,50	6,00	7	301.000
Bauhof	3,00	3,00	3	130.000
Schulausspeisung	1,25	1,15	2	42.000
Volks- und Hauptschule	4,74	4,115	7	162.000
Reinigung Amtsgebäude		0,625		17.000

Dienstpostenplan

Der vom Gemeinderat letztmalig am 2.2.2012 neu festgesetzte und nunmehr aktuelle Dienstpostenplan wurde mit Erledigung vom 16.5.2012, IKD (Gem)-210309/18-2012-Mit, aufsichtsbehördlich genehmigt.

Allgemeine Verwaltung

Der genehmigte Dienstpostenplan sieht in der allgemeinen Verwaltung insgesamt 6,5 PE vor und unterschreitet damit den für die Einwohnerkategorie bis 3.500 Einwohner in den Dienstpostenplanverordnungen maximal zulässigen Rahmen von 9 PE um 2,5 PE. Aber auch von den genehmigten Planstellen wird der Dienstposten CI-V (Bauwesen, Standesamt) derzeit nur zu 50 % besetzt, sodass die Marktgemeinde mit insgesamt 6 PE das Auslangen findet. Die aktuelle Personalausstattung kann daher, zumal vom gemeindeeigenen Personal auch die Agenden der Geschäftsführung und Buchhaltung für den Wasserverband Haibachtal (ca. 0,35 PE) wahrgenommen werden, als sparsam gewertet werden. Im Vergleich mit den bezirksangehörigen Gemeinden ist sie, gemessen an der Einwohnerzahl, überdurchschnittlich gut positioniert.

Auch die Verwendungen bzw. Funktionen entsprechen den verordneten Richtlinien bzw. den aufsichtsbehördlich genehmigten Dienstposten.

Volks- und Hauptschule

Die Marktgemeinde beschäftigt für die Volks- und Hauptschule einen gemeinsamen Schulwart als Facharbeiter in der Funktionslaufbahn GD 19. Darüberhinaus wird dieser zu ca. einem Drittel für vielseitige Tätigkeiten, u. a. auch im Bereich Kindergarten und insbesondere Bauhof, herangezogen.

Mit den Personalkosten wird allerdings nur die Hauptschule belastet. Eine Vergütung aller Arbeitseinsätze außerhalb der Hauptschule ist bislang unterblieben. Dieser Umstand hat auch zur Folge, dass die Gastschulbeiträge für die Hauptschule überhöht vorgeschrieben werden.

In Hinkunft sind daher sämtliche Tätigkeiten des Schulwartes von diesem zu erfassen und die Lohnkosten im Wege der Vergütungen dem Bereich Hauptschule rückzuerstatten. Im Falle eines überproportional hohen Einsatzes für Bereiche außerhalb der Hauptschule sollte überhaupt angedacht werden, den Schulwart gänzlich dem Bauhof zuzuordnen.

Die Reinigungsarbeiten werden in der Hauptschule (ca. 2.250 m²) von 3 Bediensteten bzw. 1,715 PE durchgeführt, zur Reinigung des Turnsaales (ca. 500 m²) wird aus organisatorischen Gründen der Schulwart herangezogen

Für die Reinigung der Volksschule (ca. 1.520 m²) stehen zwei Bedienstete mit 1,4 PE zur Verfügung.

Den Personaleinsatz für den gesamten Reinigungsbedarf erachten wir als angemessen.

Kindergarten

Die Führung des regulären Kindergartens ist der Pfarrcaritas übertragen. Ab Herbst 2012 wird jedoch auf Basis einer Bedarfserhebung eine Krabbelstube eröffnet, dessen Führung und damit Personalbeistellung ausschließlich der Marktgemeinde obliegt. Der Neubedarf an pädagogischem Personal beträgt 1,15 PE und an Hilfskräften 0,8125 PE. Der Dienstpostenplan wurde diesbezüglich in der Gemeinderatssitzung vom 14.6.2012 bereits abgeändert, die aufsichtsbehördlichen Genehmigung hierfür steht aber noch aus. Die der Marktgemeinde verbleibenden Netto-Kosten (abzügl. des Landesbeitrags für Sonderpädagogin) sind im Voranschlag 2012 noch nicht berücksichtigt und belasten das Budget voraussichtlich in der Größenordnung von ca. € 13.000.

Bauhof

Im Bauhofbereich verfügt die Marktgemeinde über 3 vollbeschäftigte Bedienstete mit Facharbeiterqualifikation. Dementsprechend und auf Basis des Dienstpostenplanes sind diese Bediensteten der Entlohnungsgruppe p2 zugeordnet.

Gemessen an der Größenordnung der Marktgemeinde und unter Bedachnahme auf den hohen zeitlichen und qualifikationsentsprechenden vielseitigen Arbeitseinsatz und angesichts eines ausgedehnten und aufgrund der Höhenlage zum Teil exponierten Straßennetzes von ca. 60 km mit einem erhöhten Betreuungsaufwand erachten wir die Personalausstattung für vertretbar.

Nach den Arbeitsaufzeichnungen (Basis für die Vergütungen) für das Jahr 2011 entfielen von der Gesamtarbeitszeit (3 PE) rd. 2 PE alleine auf Arbeitseinsätze im Straßenbereich (inkl. Parkanlagen). Rd. 1 PE entfällt auf diverse Kostenstellen, wobei insbesondere die Bauhofeigenleistungen und die Bereiche Gemeindewohnhäuser, Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung und Kultur zu erwähnen sind. Die bauhofspezifischen Tätigkeiten des Schulwartes sind dabei nicht berücksichtigt.

Die im Straßenbereich erbrachten Leistungen inkludieren auch hohe Einsätze für den Winterdienst. Neben diesen Regieleistungen bedient sich die Marktgemeinde aber auch Leistungen eines oberösterreichweit tätigen Serviceunternehmens, das zusätzlich auch Arbeiten im Bereich der Grünlandpflege (Böschungsmähen) übernimmt. Infolge der beachtlichen Eigenregieleistungen kann der Winterdienst ohne Beauftragung eines Fuhrparkunternehmens bewerkstelligt werden.

Ferialarbeitskräfte

Den alljährlich im Bauhof eingesetzten Ferialkräften wird ein Stundensatz iHv € 6,00 zuerkannt. Zwar entspricht die Vertragsgestaltung den aufsichtsbehördlichen Richtlinien, die Entlohnungsmodalität eines einheitlichen Stundensatzes, der überdies im Regelfall zu hoch angesetzt sein dürfte, weicht allerdings von diesen ab. Die korrekte Entlohnung bemisst sich nach der Art der Verwendung und unterscheidet zwischen Erst- und Folgeinsatz.

Für Ferialkräfte sind künftig im Bezug auf die Entlohnung ausschließlich die in den "Richtlinien für die Beschäftigung von Ferialarbeitskräften im Gemeindebereich" (gültig ab 1.5.2009) festgelegten Vorgaben anzuwenden.

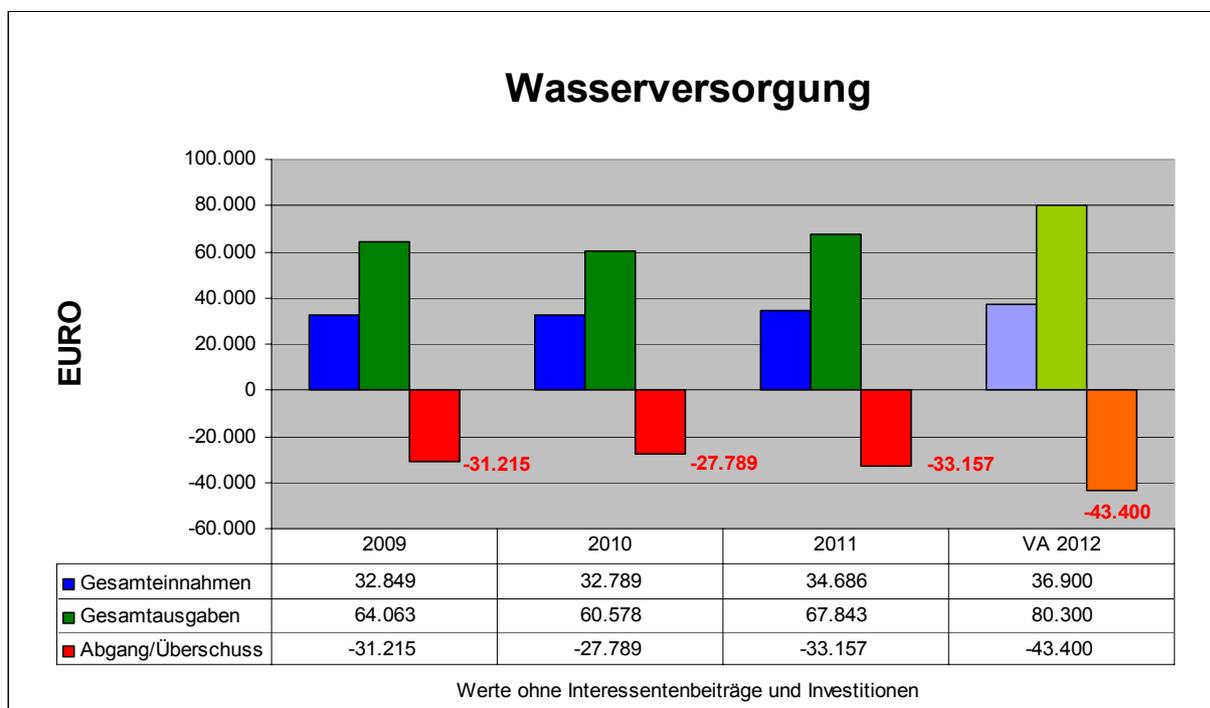
Geschäftsverteilungsplan - Arbeitsplatzbeschreibungen

Ein Geschäftsverteilungsplan, in dem die Aufgabengebiete der einzelnen Bediensteten detailliert umschrieben sind, sowie die erforderlichen Arbeitsplatzbeschreibungen lagen auf, bedürfen aber teilweise einer Aktualisierung.

Die Arbeitsplatzbeschreibungen sind den aktuellen Verwendungen anzupassen.

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung



Die öffentliche Wasserversorgung - sie gründet sich auf der Übernahme einer von der örtlichen Wassergenossenschaft geführten Anlage im Jahre 1997 - erfasst derzeit 517 Personen (inkl. ca. 159 EGW), das entspricht einem Anschlussgrad von ca. 23 %. Der Ausbau ist noch nicht abgeschlossen. Der Bauabschnitt 03 soll noch im laufenden Jahr fertiggestellt werden und der Ausbau des BA 04 (Kubingerfeld) wird im Zuge der infrastrukturellen Erschließung der gesamten Baugründe in Angriff genommen. Angesichts des ausgedehnten Gemeindegebietes ist allerdings ein Vollausbau der öffentlichen Wasserversorgung nicht realistisch.

Die Marktgemeinde bezieht das Trinkwasser ausschließlich von der Stadt Passau zu einem m³-Preis von € 0,77 und wird über den Wasserverband Haibachtal abgerechnet, dessen Mitglied die Marktgemeinde ist. Der Bezugspreis liegt pro m³ um ca. 30 Cent unter den üblichen Kosten des in OÖ. anbietenden Wasserdienstleisters und erweist sich damit als außerordentlich günstig.

Das jährliche Betriebsergebnis schloss im Zeitraum 2009 - 2011 mit einem durchschnittlichen Minussaldo von knapp € 31.000 und wies auch keine markanten Schwankungen auf. Abweichend von dem sich in der grafischen Darstellung ab 2012 abzeichnenden Defizitanstieg sollte sich das Ergebnis infolge steigender Annuitäten erst 2013 verschlechtern, in der Folge aber wieder leicht verbessern. Dies setzt allerdings den Fortbestand des niedrigen Zinsniveaus voraus. Die übrigen Ausgabensteigerungen, vor allem der Wasserbezugskosten infolge der zunehmenden Wasserabnahme, können im allgemeinen durch die Gebührenzuwächse bewältigt werden. Die oa. Salden inkludieren nicht den administrativen Aufwand, der mit der Abwicklung der Betriebsgebarung verbunden ist.

Künftig ist ein entsprechender Verwaltungskostenanteil festzusetzen und ausgabenseitig im Wege der Vergütung darzustellen.

Die aktuelle Gebührenordnung (Netto-Beträge) hat der Gemeinderat am 2.12.2010 beschlossen und ist ab 1.1.2011 gültig:

→ Die Mindestanschlussgebühr beträgt € 1.792 und entspricht damit der vorgegebenen Mindestgebühr des Landes. Diese wurde 2011 und 2010 leicht über-, im Jahre 2009 noch geringfügig unterschritten. Die Anschlussgebühr ist in Anlehnung an die Musterverordnung des Landes degressiv geregelt.

→ Die Wasserbezugsgebühr beläuft sich auf € 1,55 pro m³ bezogenen Wassers (beschlossen im Zuge der Festsetzung der Hebesätze 2012), mindestens jedoch auf € 20 jährlich. Sie entspricht damit der Vorgabe des Landes für Abgangsgemeinden, die Gebühr mit 20 Cent über dem Mindestsatz festzusetzen. Die für 2009 und 2010 beschlossenen Gebührensätze waren auf Niveau der Mindestsätze.

→ An Wasserzählergebühr für die von der Marktgemeinde bereitgestellten Wasserzähler sind monatlich mindestens (abhängig von Nenngröße) € 1,30 zu entrichten.

Im Rahmen einer Vergleichsprüfung zwischen der Wassermenge, welche die Stadt Passau im Wege des Verbandes der Marktgemeinde in Rechnung stellt und jener Menge, die anhand der Wasserzähler ermittelt und der Verrechnung der Wasserbezugsgebühr zugrundeliegt, musste 2011 eine enorm hohe Abrechnungsdifferenz von ca. 6.600 m³, d. s. beinahe 30 % der angekauften Menge, festgestellt werden. Noch im Laufe der Prüfung konnte als Ursache ein technischer Messfehler eruiert werden, der zu einer Ungleichbelastung zwischen den Verbandsgemeinden Wernstein und Schardenberg und damit für letztere im Vorjahr zu einem überhöhten Verbrauchswert von ca. 4.700 m³ bzw. Kaufpreis von ca. € 3.600 führte. Die Abrechnungskorrektur wurde veranlasst und verbessert in der Folge das Betriebsergebnis 2011 und voraussichtlich auch jenes für 2012 veranschlagte.

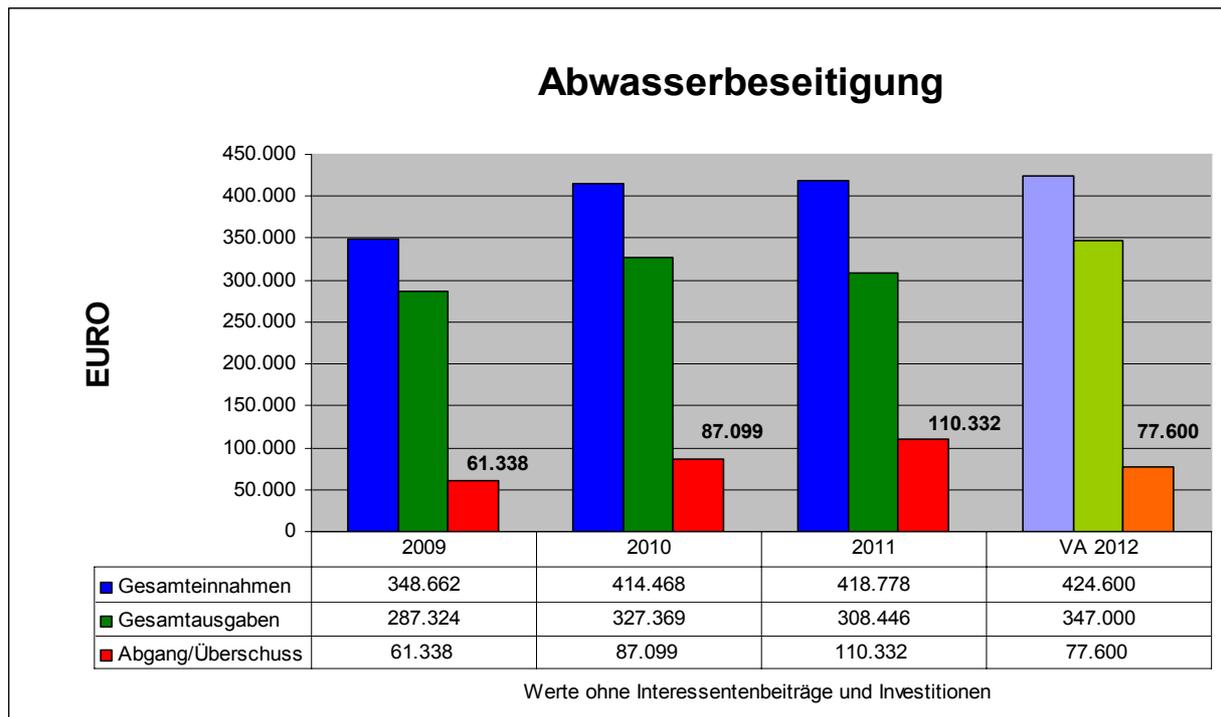
Um die Richtigkeit der Abrechnung des Wasserbezuges in den dem Jahr 2011 vorangegangenen Jahren feststellen zu können, ist ehestmöglich auch die genaue Überprüfung dieser Jahresverbandsabrechnungen zu veranlassen.

Auf Basis einer Auswertung, die uns im Rahmen der Prüfung vorgelegt wurde, liegen im Anschluss-Pflichtbereich neben den oa. 517 Personen aktuell weitere 165 Personen bzw. 58 Liegenschaften, die zwar die Anschlussgebühren ordnungsgemäß entrichtet, aber tatsächlich keinen Anschluss hergestellt haben und damit ihren Trink- und Nutzwasserbedarf nach wie vor aus privaten Anlagen (Hausbrunnen) beziehen. Zum Pflichtbereich zählen mittlerweile zusätzliche 95 Personen bzw. 31 Liegenschaften, die noch im Laufe der Prüfung zwar eine Vorschreibung zur Entrichtung der Anschlussgebühr erhalten, aber ebensowenig angeschlossen werden.

Einen Anschlusszwang bei diesen im Versorgungsbereich der Wasserversorgungsanlage liegenden Objekten hat die Marktgemeinde bisher nicht ausgeübt. Als grundsätzlich anschlusspflichtig gilt jede Liegenschaft, deren zu erwartender Wasserbedarf von der öffentlichen Wasserversorgungsanlage voll befriedigt werden kann und deren kürzeste Entfernung zu einer Versorgungsleitung der öffentlichen Wasserversorgungsanlage nicht mehr als 50 Meter beträgt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Ausnahme vom Anschlusszwang nur auf Antrag gewährt werden darf, wenn gesundheitliche Interessen nicht gefährdet werden, Trink- bzw. Nutzwasser in bedarfsdeckender Menge zur Verfügung steht und die Kosten für den Anschluss - gemessen an den durchschnittlichen Anschlusskosten in der Gemeinde - unverhältnismäßig hoch wären. Wird kein Antrag gestellt, so ist der Anschlusszwang von der Gemeinde ohne Ausnahme durchzusetzen.

Auf die gesetzliche Verpflichtung nach § 1 Abs. 1 Oö. Wasserversorgungsgesetz zur Umsetzung des Anschlusszwanges der betroffenen Liegenschaften wird hingewiesen.

Abwasserbeseitigung



Der Anschlussgrad an die Kanalisation der Marktgemeinde Schardenberg liegt mit 1.842 Einwohnern bzw. Einwohnergleichwerten mittlerweile bei rd. 80 %, womit im Gegensatz zur Wasserversorgung bereits eine sehr hohe Versorgungsdichte gewährleistet ist. Der bereits fertiggestellte, aber noch nicht kollaudierte BA 06 sollte die letzte Ausbaustufe sein. Das Ortskanalnetz wurde von der Marktgemeinde errichtet. Die Abrechnung der Abwässer, die in die Kläranlage der Stadt Passau entsorgt werden, erfolgt allerdings über den Wasserverband "Inn-Haibachtal" (ehem. RHV Haibachtal).

Die Betriebsergebnisse sind seit 2003 positiv und konnten kontinuierlich und in beachtlichem Umfang gesteigert werden. So stieg der Überschuss von ca. € 61.000 im Jahre 2009 auf ein sattes Plus von ca. € 110.000 im Jahre 2011. Zu verdanken ist diese erfreuliche Entwicklung einerseits den stetigen Zuwächsen an Gebühren und andererseits den gesunkenen Ausgaben, vor allem den Transferleistungen an den Wasserverband bzw. die Stadt Passau. Auch der Netto-Schuldendienst konnte im Betrachtungszeitraum leicht gesenkt werden und wurde durch ein anhaltend tiefes Zinsniveau, Laufzeitstreckungen und gestiegene Finanzierungszuschüsse ermöglicht.

Im laufenden Jahr 2012 zeichnet sich allerdings eine spürbare Schmälerung des Überschusses ab, da die Verbandsleistungen einen markanten Anstieg erwarten lassen (2011 unterdurchschnittliche Leistung durch Aufrollung der Vorschreibung der letzten Jahre).

Die oa. Betriebssalden inkludieren nicht den administrativen Aufwand, der mit der Abwicklung der Betriebsgebarung verbunden ist.

Künftig ist ein entsprechender Verwaltungskostenanteil festzusetzen und ausgabenseitig im Wege der Vergütung darzustellen. Eine Valorisierung ist alljährlich mit den Lohnerhöhungen vorzunehmen.

Die Gebührenordnung (Netto-Beträge) hat der Gemeinderat am 2.12.2010 beschlossen und ist ab 1.1.2011 gültig. Die Anschlussgebühren wurden zuletzt im Zuge der Festsetzung der Hebesätze 2012 aktualisiert:

Die Mindestanschlussgebühr beträgt € 2.990 und entspricht damit exakt der vorgegebenen Mindestgebühr des Landes. Diese wurde lediglich 2009 unterschritten.

Die Anschlussgebühr ist in Anlehnung an die Musterverordnung des Landes degressiv geregelt.

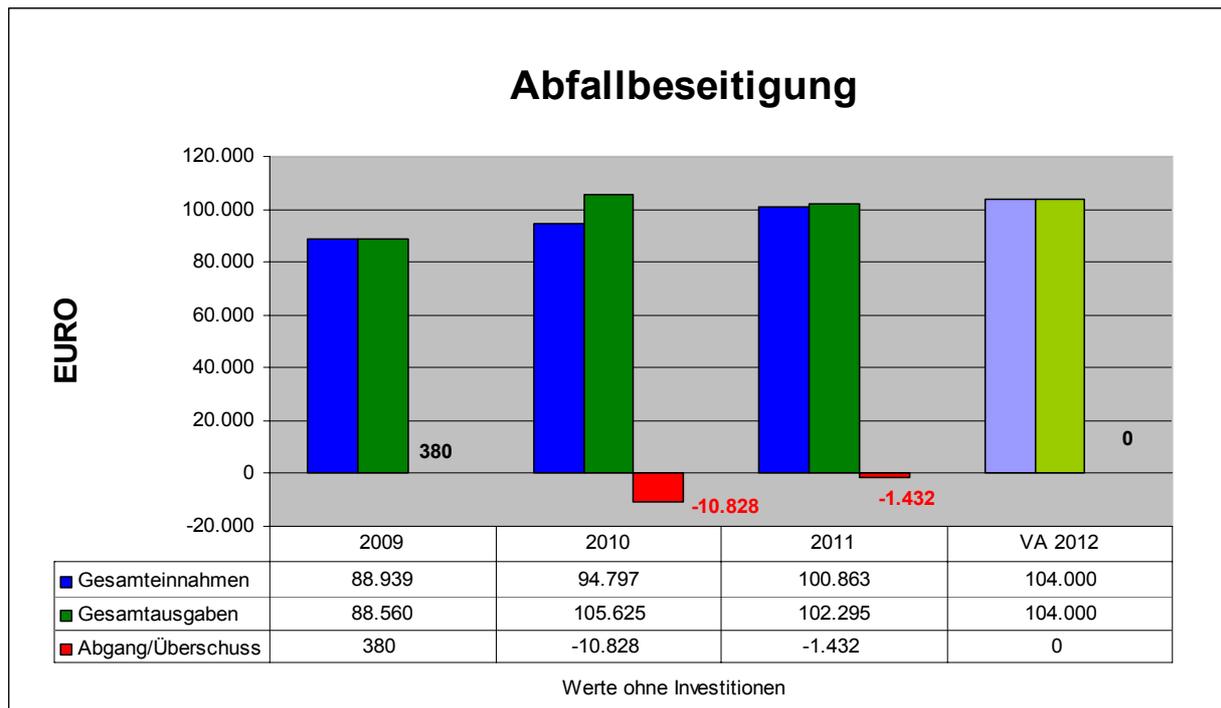
Die Kanalbenützungsgebühr besteht aus 3 Komponenten:

- Grundgebühr: Sie ist abhängig von der Größe der Bemessungsfläche und beträgt mindestens € 64,66
- Flächengebühr: Diese ist mit steigender Bemessungsfläche degressiv festgesetzt.
- Personengebühr: 1 ständiger Bewohner wird mit € 86,84 bewertet.
- Einwohnergleichwert: 1 Einheit mit einem angenommenen jährlichen Abwasseranfall von 50 m³

Mit den bisherigen Gebührenmodalitäten hat die Marktgemeinde in den letzten Jahren stets den Mindestrichtsätzen des Landes, auch jenen, die nur für Abgangsgemeinden festgelegt wurden (20 Cent über den Mindestsätzen), entsprochen. Auf Basis des von der Stadt Passau zugrundegelegten Wasserverbrauchs bzw. Abwasseranfalls pro Einwohner lagen die rechnerisch ermittelten Benützungsgebühren im Zeitraum 2009 - 2011 sogar um durchschnittlich ca. € 0,32 über den diesbezüglichen aufsichtsbehördlichen Vorgaben.

Dieses Gebühren-Mischsystem mit der überwiegend verbrauchsabhängigen Komponente einer Personengebühr trägt auch der Wasserrahmenrichtlinie der EU insofern Rechnung, als die Gebühren verursachergerecht geregelt werden.

Abfallbeseitigung



Der Gemeinderat hat auf Basis des Oö. Abfallwirtschaftsgesetzes 2009 in seiner Sitzung vom 2.12.2010 eine entsprechende Abfallordnung erlassen, die auch aufsichtsbehördlich genehmigt ist.

Entsprechend dieser Verordnung erfolgt die Sammlung der Hausabfälle wahlweise zwei-, vier- oder sechswöchentlich.

Zur Entsorgung der biogenen Abfälle bedient sich die Marktgemeinde eines Landwirtes, der eine Kompostierungsanlage in Schardenberg betreibt. Lt. der zwischen diesem und der Marktgemeinde im Jahre 1999 abgeschlossenen Vereinbarung orientiert sich das von der Marktgemeinde zu entrichtende Entgelt für die Anlieferung kompostierfähigen Materials an den Richtlinien der ARGE Bäuerliche Kompostierer.

Kostenpflichtig, aber nicht kostendeckend ist u. a. auch die Abfuhr der Küchenabfälle. Die unbedeckten Kosten sind in der Grundgebühr inkludiert. Die diesbezüglich verordneten Gebührensätze sind den Richtsätzen des BAV angepasst.

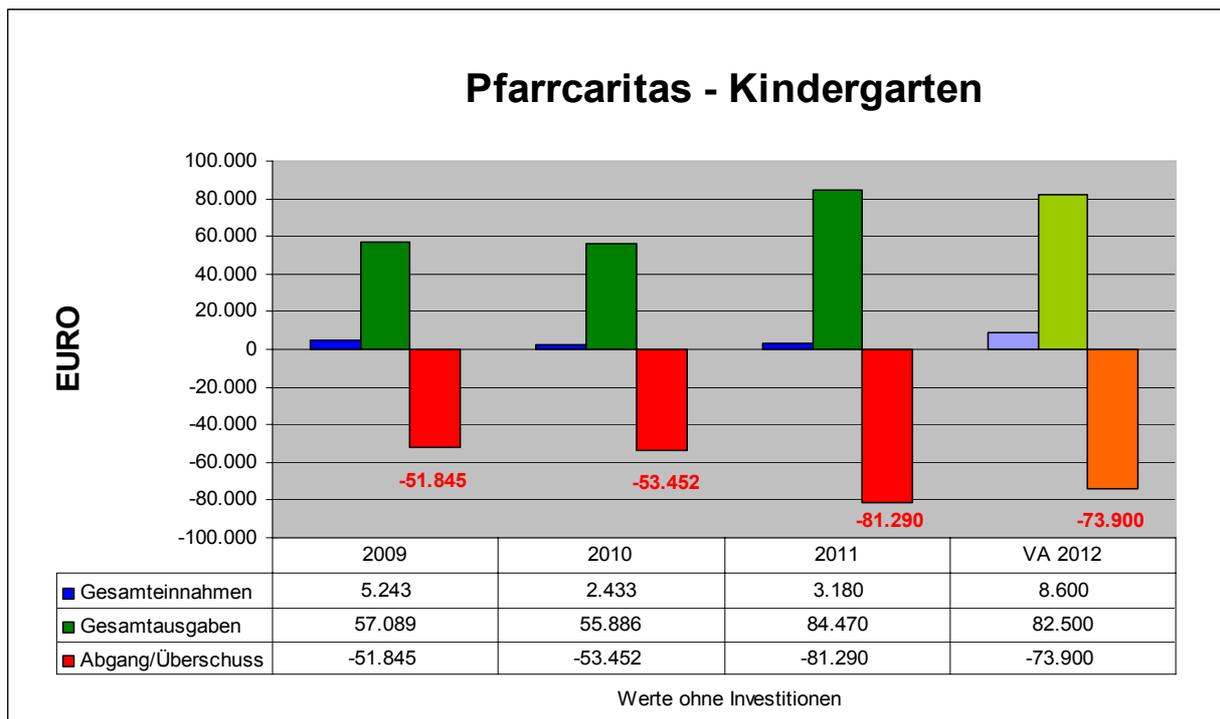
Der Betrieb der Abfallbeseitigung verursachte im Zeitraum 2009 - 2011 einen Gesamtfehlbetrag von knapp € 12.000, der überwiegend im Jahr 2010 verursacht wurde. Die Gebühren wurden daher mit Beginn 2011 spürbar angehoben. Und obwohl das Bemühen, dem Prinzip der Kostendeckung Rechnung zu tragen, im Allgemeinen gegeben ist, wurde dennoch 2011 erneut ein Abgang, wenn auch ein wesentlich geringerer, verursacht.

Wenngleich angesichts der sich generell abzeichnenden Rohstoffverteuerung auch eine tendenzielle Verringerung des Abfallwirtschaftsbeitrags an den Bezirksabfallverband prognostiziert wird, ist eine rechtzeitige und angemessene Gebührenanhebung stets im Auge zu behalten.

In den Abfallkosten bisher nicht inkludiert waren die Verwaltungsaufwendungen.

Der entsprechende Verwaltungskostenanteil ist daher künftig im Wege der Vergütung in Form eines Pauschalbetrages darzustellen und auch in die Kalkulation miteinzubeziehen.

Kindergarten



Der neben der Volksschule situierte Kindergarten in der Marktgemeinde wird von der Pfarrcaritas geführt. Bis zur Saison 2010/11 bestand der Betrieb in dreigruppiger Form, musste aber infolge der Betreuung von Integrationskindern vorübergehend für die Saison 2011/12 auf vier Gruppen ausgedehnt werden. Ab Herbst 2012 kann mit einer dreigruppigen Führung wieder das Auslangen gefunden werden, allerdings hat der Gemeinderat aufgrund eines hohen Nachfragebedarfs bereits den Beschluss gefasst, mit Beginn der Saison 2012/13 in privaten Räumlichkeiten das Betreuungsangebot durch eine Krabbelstube zu erweitern (Halbtagsgruppe).

In der mit der Pfarr-Caritas im Jahr 1996 abgeschlossenen Vereinbarung verpflichtete sich die Marktgemeinde, den Betriebsabgang des Kindergartens nach Prüfung der Jahresabrechnung abzudecken. Diese Vereinbarung wurde seither lediglich in punkto Anhebung des jährlichen Mietzinses ab 2010 angepasst, nicht aber den sonstigen aktuellen Gegebenheiten und Erfordernissen, wie u. a. den zwischenzeitlich eingetretenen gesetzlichen Änderungen, der Erweiterung des Betreuungsangebotes wie auch der Notwendigkeit, den Betriebskosten eine Verwaltungskostenpauschale hinzuzurechnen.

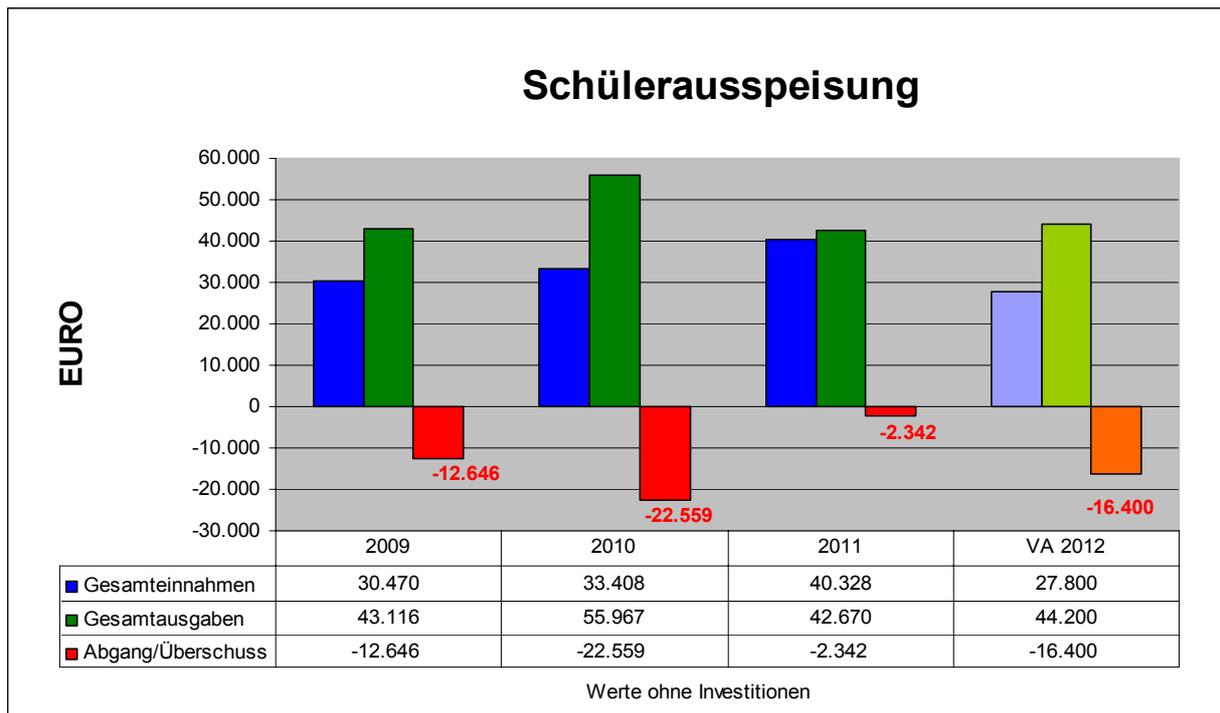
Die Marktgemeinde hat daher die bestehende Vereinbarung mit der Pfarr-Caritas hinsichtlich der Abdeckung des Betriebsabganges für den Kindergarten in Anlehnung an die zuletzt neu erstellten Mustervereinbarungen bzw. Arbeitsübereinkommen entsprechend zu aktualisieren, sobald diese zwischen Caritas und dem Land OÖ. gänzlich abgestimmt sind.

Im Jahr 2011 wurden rd. € 81.300 zur Abgangsdeckung geleistet. Bei einer durchschnittlichen Besucheranzahl von 68 Kindern, errechnet sich eine Subvention von € 1.195 pro Kind. Damit liegt die Marktgemeinde im landesweiten Vergleich sehr günstig. Für die Jahre 2009 und 2010 ergibt sich infolge der deutlich geringeren Betriebsabgänge eine außergewöhnlich niedrige durchschnittliche Bezuschussung durch die Marktgemeinde von nur ca. € 836.

Die Besucheranzahl hat sich in den letzten 3 Jahren von 62 Kindern in der Saison 2008/09 auf 65 Kinder in der Saison 2010/11 leicht gesteigert. In der abgelaufenen Saison 2011/12 war der Kindergarten mit 72 Kindern überdurchschnittlich gut besucht.

Für den Transport der Kindergartenkinder entstanden der Marktgemeinde 2011 Netto-Ausgaben von rd. € 15.500. Für die Busbegleitung wird der aufsichtsbehördlich empfohlene Kostenbeitrag von € 8 je Kind und Monat eingehoben.

Schülerspeisung



Die Schülerspeisung, situiert im Kellergeschoß der Hauptschule, wird primär für die Hauptschüler über einen Zeitraum von 10 Monaten an 5 Tagen in der Woche angeboten. Auch der Caritas-Kindergarten beansprucht diese Einrichtung im Wege der Selbstabholung der Essenportionen regelmäßig, aber in bescheidenerem Umfang für jene Kinder, die ganztägig betreut werden (angehende Schulanfänger).

Die gesamte Abrechnung wie auch der Lebensmittelankauf werden weitestgehend von der Kochstellenleiterin abgewickelt. Mittels Regiekostenbeitrag, der von den Essensentgelten einbehalten wird, ist eine eigenständige Kassenführung sichergestellt. Mit Jahresende 2011 wies das Betriebskonto einen Bestand von ca. € 4.000 auf, der als Vorschussgebarung dient und bei Bedarf für Anschaffungen verwendet wird.

Die Anzahl der jährlich zubereiteten Portionen wies bisher keine signifikanten Sprünge auf und bewegte sich in der Größenordnung von ca. 19.000.

Dementgegen stellt sich die Betriebsgebarung mit einem sehr unterschiedlichen Defizitverlauf dar. Schloß das Jahr 2009 noch mit einem Abgang von ca. € 12.600 ab, so stieg dieser 2010 auf ca. € 22.600 und verringerte sich im Vorjahr auf ein nur mehr bescheidenes Minus von ca. € 2.300. Diese massiven Saldenveränderungen resultieren aus der Abfertigungszahlung im Jahre 2010, die erst im Folgejahr durch die Gastbeiträge der Nachbargemeinden teilbedeckt wurde.

Im laufenden Schuljahr 2012 ist allerdings eine deutliche Verschlechterung zu erwarten. Die Erlöse aus Essensbeiträgen sind bereits vermindert veranschlagt. Die Teilnehmeranzahl hat sich von 125 im Vorjahr auf 100 im laufenden Jahr verringert und steht vermutlich in engem Zusammenhang mit dem sich abzeichnenden generellen Schülerrückgang.

Der personelle Einsatz von insgesamt 1,15 PE (2 teilzeitbeschäftigte Köchinnen mit 62 % und 53 %) erweist sich, gemessen am durchschnittlichen Leistungsniveau pro PE im Bezirk (2011 rd. 16.950 Portionen), mit durchschnittlich nur 19.400 pro PE hergestellten Portionen als angemessen.

Das Ausspeisungsentgelt pro Kind und Portion entsprach in den letzten Jahren stets den ausichtsbehördlichen Vorgaben und beträgt derzeit € 2 für Kinder und € 3,10 für Erwachsene.

Ausgegliederte Unternehmungen

KG

Die Marktgemeinde Schardenberg hat sich gemeinsam mit dem Verein zur Förderung der Infrastruktur entschlossen, die Firma "Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Schardenberg & Co KEG" zu gründen. Dieser Firmengründung hat der Gemeinderat in der Sitzung vom 15.12.2005 durch Abschluss eines Gesellschaftsvertrages zugestimmt.

Im Rahmen dieses Modells hat der Gemeinderat der KG die Neuerrichtung und Verwaltung der Gebäudeinfrastruktur betreffend das Amtsgebäude samt zugehöriger Außenanlagen übertragen.

Die Überprüfung des neuerrichteten Amtsgebäudes bildet einen gesonderten Punkt des Berichtes im Rahmen der ao. Haushaltsführungen (S. 39).

Im Zusammenhang mit allfälligen Empfehlungen bzw. Hinweisen im Zuge unserer Projektprüfung (s. ao. Haushalt) verweisen wir mit Bezug auf Pkt. 5.5 des KG-Vertrages nachdrücklich darauf, dass die Kommanditistin (Gemeinde) das Recht hat, dem Komplementär (Verein) in Bezug auf jedes Geschäft, welcher Art auch immer, Weisungen zu erteilen, welchen der Obmann des Vereins als Geschäftsführer der KG unverzüglich nachzukommen hat.

Neben der projektbezogenen KG-Überprüfung im Rahmen dieser Gebarungsprüfung wurde alljährlich im Zuge der Überprüfung der Gemeinderechnungsabschlüsse auch die zwischen der Gemeinde und der KG getätigten Geldtransfers einer Kontrolle unterzogen. Im Bezug auf eine korrekte finanztechnische Abwicklung gibt es kaum Anlass zu Beanstandungen.

Der Kassenbestand wies mit Ende 2011 einen Plussaldo von knapp ca. € 18.000 auf.

Ein Liquiditätszuschuss wurde im 2011 iHv ca. € 24.300 von der Marktgemeinde an die KG überwiesen und resultiert ausschließlich aus den Zwischenfinanzierungszinsen für den mit Ende 2011 iHv € 1,4 Mio. aushaftenden Zwischenkredit, der allerdings 2013 mit der Flüssigmachung der letzten BZ-Tranche von € 700.000 gänzlich getilgt werden soll. Damit wäre in Hinkunft allenfalls nur mehr ein sehr geringer Bedarf an Liquiditätszuschuss gegeben.

Gemeindevertretung

Gemeindeinterne Prüfungen

Der Prüfungsausschuss hat in den Jahren 2010 und 2011 nur jeweils 2 (Kassen-) Prüfungen vorgenommen und ist damit nur unzureichend dem gesetzlichen Erfordernis nachgekommen.

Die Bestimmungen des § 91 Oö. GemO 1990, wonach die Überprüfung der Gebarung nicht nur an Hand des Rechnungsabschlusses, sondern auch im Laufe des Haushaltsjahres, und zwar wenigstens vierteljährlich vorzunehmen ist, werden in Erinnerung gerufen. Als Mindestmaß sind daher jährlich fünf Prüfungen vorzusehen. Darüberhinaus sind im Sinne der vorgegebenen gesetzlichen Aufgabenstellungen die Prüfungsfelder auszudehnen.

Organe der Gemeinde, Geschäftsführung

Der Gemeinderat ist auf Basis des halbjährlich festgelegten Sitzungsplanes in den Jahren 2009 und 2010 zu einer ausreichenden Anzahl von Sitzungen zusammengetreten.

Der Gemeindevorstand hingegen hat seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Abhaltung einer vierteljährlichen Sitzung im 2. Quartal 2010 und 4. Quartal 2011 nicht entsprochen. Die im § 57 Abs. 1 leg. zit. vorgesehene Zustellung eines halbjährlichen Sitzungsplanes ist unterblieben.

Der Bürgermeister hat künftig Sorge zu tragen, dass vor Beginn eines Halbjahres auch den Mitgliedern des Gemeindevorstandes ein halbjährlicher Sitzungsplan zugestellt wird, der vierteljährlich wenigstens eine Sitzung vorsieht.

Sitzungsgelder

Eine Sitzungsgeld-Verordnung hat der Gemeinderat zuletzt am 4.6.1998 beschlossen. Das Entgelt beträgt für Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates sowie der Ausschüsse einheitlich 1 % des Bürgermeisterbezuges und entspricht damit dem gesetzlichen Mindestmaß.

Bei der Berechnung des Sitzungsgeldes wurden allerdings die ab 1.1.2008 bzw. 1.7.2008 eingetretenen Erhöhungen der Bürgermeisterbezüge nicht berücksichtigt, womit bis zum Jahr 2011 pro Sitzung lediglich € 24 zur Auszahlung gelangten.

Auf Basis der ab 1.1.2008 bzw. 1.7.2008 angehobenen Bürgermeisterbezüge ist den Gemeindevorstandern die Differenz zum Sitzungsgeld iHv € 28 bzw. 28,50 pro Sitzung nachzuzahlen.

Weitere wesentliche Feststellungen

Wohnhäuser

Derzeit vermietet die Marktgemeinde Wohnungen bzw. Geschäftsräume in nachstehenden Objekten:

➤ **Amtsgebäude**

Die Marktgemeinde als Hauptmieter des von der KG vermieteten Amtsgebäudes (768 m²) hat 2008 mittels Untermietvertrag an ein Bäckereiunternehmen Geschäftsräume in der Größe von 125 m² (inkl. Cafe) vermietet. Im Hinblick darauf, dass bei der Planung auf die Einmietung der Geschäftsräume Bedacht genommen und folglich bei der Finanzierung ursprünglich von einer Kostenbeteiligung ausgegangen wurde, ist der vereinbarte und wertgesicherte Mietzins von lediglich € 6,35/m² als Geschäftsmietzins nur schwer akzeptabel, zumal aufgrund der Energiespar-Bauweise auch die Betriebskosten in nur minimalem Umfang anfallen. Die Marktgemeinde begründet die kostengünstige Miete mit der Aufrechterhaltung der örtlichen Nahversorgung.

➤ **Ehemaliges Amtsgebäude:**

Teile der ehemaligen Postamtsräume stehen seit 2009 einem Postpartner (80 m²) zur Verfügung. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen sicherzustellen, wurde auch dieser Mietzins (ca. € 4/m²) unter dem Niveau von Geschäftsmieten festgesetzt. Die übrigen Räumlichkeiten werden nur sehr sporadisch von Vereinen und Interessensvereinigungen in Anspruch genommen, sodass der Großteil des Objektes gegenwärtig überwiegend ungenutzt bleibt. Überlegungen zur Gebäudeveräußerung wurden bisher nicht konsequent verfolgt.

Der Objektverkauf sollte ernsthaft in Betracht gezogen werden, zumal die Marktgemeinde den Erlös dringend zur Finanzierung der Aufschließung des erworbenen Bauareals im Kubingerfeld benötigen würde. Ein Eigenbedarf der Marktgemeinde zur nachhaltigen Gebäudenutzung lässt sich nicht erkennen.

➤ **Lehrerwohnhaus:**

Das in unmittelbarer Nähe zur Volksschule situierte Haus beherbergt 2 Wohnungen, für die ein Mietzins von ca. € 3,20 eingehoben wird, der in Anlehnung an die momentanen Kategoriezinse angemessen erscheint.

➤ **Kindergarten:**

Vermietung an die Pfarrcaritas gemäß der vom Gemeinderat am 29.2.1996 beschlossenen Vereinbarung zu einem Pachtzins von € 2.920 (inkl. USt.).

Die Mietzinse sind in allen Fällen wertgesichert.

Eine Verwaltungskostenpauschale als Bestandteil der Betriebskosten wird derzeit lediglich für das Mietverhältnis im Amtsgebäude und für die Verpachtung des Kindergartens vorgeschrieben. Hinsichtlich der Vermietungen im ehemaligen Amtsgebäude und Lehrerwohnhaus verweisen wir auf nachstehende Rechtslage und empfehlen deren ehestmögliche Umsetzung:

Nach Ansicht der Finanzverwaltung müssen die an den Bestandnehmer weiterverrechneten Betriebskosten zwingend eine Verwaltungskostenpauschale in Höhe von derzeit € 3,25 pro m² Nutzfläche im Sinne des Mietrechtsgesetzes enthalten. Dies soll unabhängig davon gelten, ob die Vermietung tatsächlich diesem Gesetz unterliegt. Die Verwaltungskostenpauschale ist jedenfalls für alle § 22 leg. cit. vergleichbaren Gebäudeflächen (Nutzflächen) zu verrechnen. Das Erfordernis der Verrechnung einer Verwaltungskostenpauschale besteht dabei sowohl für Vermietungen durch Gemeinden als auch für Vermietungen durch ausgegliederte Rechtsträger von Gemeinden (zB gemeindeeigene KG).

Grundbesitz

Die Marktgemeinde verfügt zur Zeit über nachstehende Liegenschaften:

Öffentliche Flächen inkl. Gebäude und Parkplätze	52.770 m ²
--	-----------------------

- davon Sportanlage + Nebenanlagen: 25.403 m²: Die gesamte Sportanlage samt Sportplatz und neuerrichtetem Klubgebäude wurde von der Marktgemeinde errichtet und ist an den Sportverein verpachtet. Der im Pachtvertrag 2001 vereinbarte Pachtzins von jährlich ca. € 2.900 wurde bislang nicht entrichtet, sondern vom Verein als Mietzinsvorauszahlung (ca. € 29.000) eingebracht, sodass dieser für die Dauer von 10 Jahren mietzinsbefreit war. Ab 2012 wird die jährliche Pachtzinsentrichtung fällig.

Baulandwidmung	47.318 m ²
----------------	-----------------------

- Baugründe in Kubing : ca. 45.000 m²: Die Marktgemeinde beabsichtigt, noch 2012 die Gründe aufzuschließen und anschließend zu veräußern (s. ao. Haushalt)
- Baugründe Springer: 3.318 m²: Vorbehaltsfläche für Eigenbedarf
- Bauplatz Nähe ehem. Amtsgebäude: 1.000 m²: möglicher Verkauf als Baugrund

Ehem. Schottergrube in Bach (stillgelegt vor rd. 30 Jahren)	11.104 m ²
---	-----------------------

Angedacht ist, die stillgelegte Fläche als künftige Erdaushubdeponie zu führen.

Köckeiswiese	4.271 m ²
--------------	----------------------

Eignet sich nicht als Baugrund und wird als Schiwiese genutzt.

Bauhof

Die Gerätschaften sind im ehemaligen Clubgebäude des Sportvereines untergebracht, das 2009/10 zu einem Bauhof adaptiert wurde:

Bezeichnung	Type	Bauj.	Verwendung	Standort
Unimog	U 1400 Mercedes	1995	Transport, Winterdienst, Schneepflug, Salzstreuer, Kehrbesen	Bauhof
Traktor	CVT 6140 Steyr	2007	- " - , Frontlader	- " -
Rasentraktor	Carraro	2008	Rasenpflege, Kehrbesen, Schneepflug, - fräse, Splittstreuer	- " -
Tandemanhänger	Tima	1999	Transportarbeiten	- " -
Doppelkabine	Mercedes Sprinter	2000	Baufahrzeug	- " -
Straßenwalze klein	Bomag	1998	Verdichtungsarbeiten	- " -
Rüttelplatte klein	Wacker	1998	- " -	- " -
Schneidgerät	Clipper	1999	Asphalt- und Betonschneiden	- " -
Stampfer	Bomag	2011	Verdichtungsarbeiten	- " -
Einachsschlepper	Honda	2005	Mähbalken, Schneeschild, Fräse	- " -

Die relativ vielseitige Ausrüstung an Fahrzeugen und Gerätschaften ist ein Indiz dafür, dass die Bauhofarbeiter entsprechend ihrer guten Facharbeiterqualifikation auch tatsächlich in den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen eingesetzt werden und durch diese hohen Eigenleistungen in vielen Fällen kostspieligere Fremdvergaben vermieden werden können. Neuanschaffungen sind derzeit nicht vorgesehen.

Feuerwehrwesen

In der Marktgemeinde gibt es nur eine Feuerwehr, deren Feuerwehrhaus im Ortszentrum neben dem neuerrichteten Amtsgebäude situiert ist. Die Anzahl der Löschzüge wurde im Jahre 2006 von 5 auf 3 reduziert.

Die laufenden Netto-Aufwendungen in diesem Bereich (ohne Investitionen und abzügl. Einnahmen) ergeben für den Betrachtungszeitraum nachstehenden Pro-Kopf-Aufwand:

Feuerwehr (1 Feuerwehr mit 3 Löschzügen)	2009	2010	2011
Pro Kopf-Aufwand ca. €	8	5	6,50

Mit diesen Werten liegt die Feuerwehr erfreulicherweise sehr deutlich unterhalb des bezirksweiten Durchschnitts.

Die Fahrzeugausstattung entspricht grundsätzlich der Pflichtbereichsklasse 3 A. Durch die Zusammenführung der Löschzüge führt die Feuerwehr derzeit ein zweites Kleinlöschfahrzeug im Bestand.

Die Neuanschaffung eines Neufahrzeuges ist gegenwärtig nicht geplant.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Die freiwilligen Förderausgaben ohne Sachzwang unterschritten 2011 den zulässigen Maximalbetrag von € 15/Einwohner um ca. € 3.043 , d. s. € 1,14 pro Ew.

Betriebsförderungen gewährte die Marktgemeinde lediglich in Form einer Lehrlingsförderung (Kommunalsteuerrückvergütung) in Höhe von rd. € 166.

Die Inanspruchnahme der Repräsentations- und Verfügungsmittel hat sich, wie nachstehender Darstellung zu entnehmen ist, in den letzten Jahren sukzessive verringert. Wurde 2009 der gesetzlich zulässige Rahmen in beiden Bereichen noch leicht überschritten, so bewegt sich das Ausgabenniveau mittlerweile deutlich innerhalb der Maximalgrenzen:

Finanzjahr	Verfügungsmittel			Repräsentationsausgaben		
	2009	2010	2011	2009	2010	2011
gesetzlicher Höchststrahmen	9.100	9.600	9.800	4.600	4.800	4.900
Ansatz lt. VA	9.100	8.400	9.500	4.500	4.200	4.800
Aufwendungen lt. RA	9.804	10.414	6.673	5.222	4.562	4.060
% des gesetzlichen Rahmens	108	108	68	113	95	83

Bei der Bewirtschaftung dieser Mittel sind hinkünftig die gesetzlichen Limitierungen ausnahmslos einzuhalten.

Versicherungen

Der gesamte Jahresaufwand 2011 an Versicherungsprämien belief sich auf ca. € 22.200 und lag damit, gemessen an der Einwohnerzahl der Marktgemeinde, im Bezirksdurchschnitt.

Wenngleich die Prämienleistungen angemessen erscheinen, so empfehlen wir angesichts der Marktdynamik dennoch, nach der letztmalig im Jahre 1998 erfolgreich durchgeführten unabhängigen Versicherungsanalyse zur Auslotung möglicher Einsparpotenziale die bestehenden Verträge neuerlich einer Optimierungsprüfung durch ein unabhängiges Beratungsunternehmen zu unterziehen.

Biomasseheizung

Die Nahwärme Schardenberg reg. Gen.m.b.H. betreibt in Schardenberg eine Biomasse-Anlage, an die neben Privatobjekten alle öffentliche Gebäude (Amtsgebäude neu und alt, Volks- u. Hauptschule, Kindergarten, Feuerwehrzeughaus) angeschlossen sind.

Diesbezüglich bestehen Wärmelieferungsverträge aus den Jahren 1999 und 2000 bzw. 2009 (neues Amtsgebäude), die hinsichtlich der Preisgestaltung bei Objekten mit hohem Wärmeverbrauch mit ca. € 92 und € 99 (Abrechnung 2010/11) nur relativ gering über dem vom Land OÖ. akzeptierten Maximalwert (anerkannter Wärmepreis für Abrechnungsperiode 2010/11 von € 91,64 und von € 98,63 für 2011/12) liegen.

Die gesamten für das Feuerwehr-Zeughaus Schardenberg abgerechneten Wärmekosten für 2011/12 betragen knapp € 1.000, wovon die Hälfte allein auf die Grundgebühr je KW entfällt.

Angesichts dieser unverhältnismäßig hohen, nicht mengenbezogenen Gebühr sollte die Marktgemeinde mit der Hackschnitzelgemeinschaft in Verhandlung treten bezüglich eines Preisnachlasses auf die Grundgebühr.

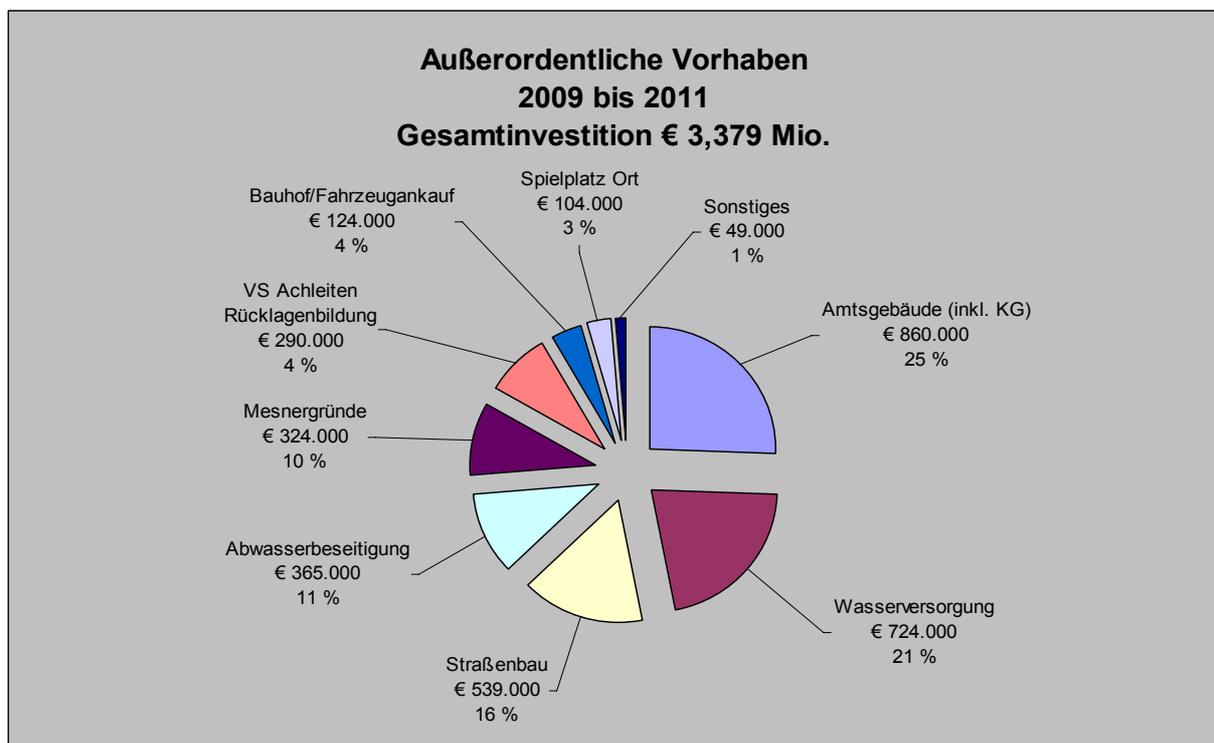
Außerordentlicher Haushalt

Investitionstätigkeit 2009 - 2011

Die Investitionstätigkeit sowie das -volumen von knapp € 3,4 Mio. (inkl. KG) waren angesichts der vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise generell abflauenden Bautätigkeit relativ beachtlich. Den Schwerpunkt bildeten die Errichtung des Amtsgebäudes und der weitere Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Wasserversorgung und der Kanalisation, aber auch des Straßennetzes. Um der Abwanderungstendenz entgegenzusteuern, investierte die Marktgemeinde auch in den Ankauf von Grundstücken, die nach erfolgter Aufschließung an Bauwerber veräußert werden. Die dem Erlös aus dem Verkauf der Volksschule Achleiten entsprechende Ausgabe stellt eine Rücklagenbildung dar und soll für die anstehende Hauptschulsanierung herangezogen werden.

Weitere Mittel, wenn auch in bescheidenerem Umfang, wurden u. a. aufgewendet für die Sanierung des Bauhofs, einen Fahrzeugankauf, die Errichtung eines Spielplatzes im Ort, zur Unterstützung des Sportvereins für einen Tribünenneubau und zur Teilsanierung der Volksschule.

Nachstehende Grafik soll die Ausgabengewichtung der letzten 3 Jahre veranschaulichen:



Die Bedeckung dieser ao. Investitionen musste mit rd. € 1,183 Mio. bzw. zu ca. 33 % aus Darlehen (inkl. Investitionsdarlehen und abzüglich von Zwischenkreditrückzahlungen), primär für Siedlungswasserbauten aufgebracht werden. Die mit dieser Neuverschuldung verbundene nachhaltige Schuldendienstbelastung hat zwar deutlich zugenommen, bewegt sich aber gegenwärtig auf stabilem und akzeptablem Niveau.

Auf Fördermittel in Form von Bedarfszuweisungen, Landes- und Bundeszuschüssen war die Marktgemeinde mit ca. € 1,068 Mio. nur zu knapp 30 % angewiesen.

Der im Vergleich zu den Fremdfinanzierungs- und Fördermitteln relativ hohe Eigenmittelanteil von insgesamt ca. € 1,3 Mio. bzw. 34 % ist neben dem beachtlichen Anteil an Interessentenbeiträgen vor allem auf den Erlös aus dem Verkauf der Volksschule Achleiten zurückzuführen.

Überblick über den ao. Haushalt mit Ende 2011 - Saldenbestand

Der ao. Haushalt der Marktgemeinde schließt mit einem Soll-Überschuss von ca. € 236.000, jener der KG mit einem solchen von ca. € 51.000 ab. Diese Plussalden setzen sich aus nachstehenden Einzelsalden zusammen:

Vorhaben	Überschuss	Abgang	Ungesicherte Finanzierung
Neubau Amtsgebäude (KG-Modell)		1.348.962,03	Restkosten von ca. € 32.000
- " - , Zwischenkredit	1.400.000,00		---
Saldo KG-Vorhaben	51.037,97		
Löschwasserbehälter Hamberg	8.000,00		---
VS Schardenberg / Teilsanierung		14.854,28	---
Kindergarten Fenstertausch	21.453,27		---
Lärmschutzmaßnahmen Ingling		1.268,01	---
Straßenbauvorhaben 2005-2009		26.480,24	---
Kubing-Bonauer-Mesner-Gründe	208.936,08		(Zwischen-)Finanzierung d. Grunderwerbs- u. Aufschließungskosten
WVA BA 02 u. Kubing	7.454,11		---
Wasserversorgung BA 03	32.872,09		---
Gesamt-Summen lt. RA Gemeinde	278.715,55	42.602,53	
Saldo / Überschuss RA Gemeinde	236.113,02		

Die nähere Überprüfung des ao. Haushaltes bezog sich lediglich auf nachstehende noch laufende Vorhaben und deren Finanzierung:

Neubau Amtsgebäude (KG-Modell)

Die Neuerrichtung des Amtsgebäudes mit Außenanlagen wurde bereits in den Jahren 2007 - 2009 im Rahmen eines KG-Modells abgewickelt. In den neuen Gebäudekomplex eingemietet ist auch ein Cafe bzw. eine Bäckerei, die auch als Nahversorger fungiert.

Wenngleich die Baulichkeit seit geraumer Zeit gänzlich fertiggestellt ist, liegt noch immer keine Endabrechnung vor, da die Abrechnung für die Elektroinstallationsarbeiten mangels Unvollständigkeit vom Architekten noch nicht freigegeben wurde. An Kosten für das Architektenhonorar und die Elektroinstallationsarbeiten sind noch ca. € 45.000 und € 50.000 zu erwarten.

Die bisherigen Kosten sind mit ca. € 2.437.000 zu beziffern. Unter Hinzurechnung der oa. noch zu erwartenden Kosten von insgesamt ca. € 95.000 würden sich endgültige Gesamtkosten von ca. € 2.532.000 ergeben. Damit würde die der genehmigten Finanzierung vom 18.6.2007 zugrundegelegte Kostenschätzung von € 2.475.000 um rd. € 57.000 überschritten werden. Mittlerweile hat die Marktgemeinde jedoch einen unvorhergesehenen Förderbeitrag zur Nahversorgung iHv € 25.000 erhalten, womit sich der offene Finanzierungsbedarf auf rd. € 32.000 verringert. Die Kostenerhöhung wurde jedenfalls dem Land OÖ. bereits mitgeteilt. Eine Entscheidung über eine allfällige BZ-Mittel-Aufstockung wird erst nach Vorlage der Endabrechnung bzw. im Zuge der Flüssigmachung der letzten BZ-Rate fallen.

Der Finanzierungsplan sieht neben der Gewährung von BZ-Mitteln iHv € 2 Mio. ausschließlich Eigenmittel von 475.000 vor. Die BZ-Tranchen sind in 3 Jahresraten von € 600.000 im Jahre 2011 und jeweils € 700.000 in den Jahren 2012 und 2013 vorgemerkt.

Zur Vorfinanzierung der BZ-Mittel wurde sukzessive ein Zwischenkredit von € 2 Mio. aufgenommen, der derzeit noch mit € 1,4 Mio. aushaftet. Da die BZ-Tranche für 2012 im

Laufe der Prüfung angewiesen wurde, kann nunmehr eine weitere Tilgung (€ 700.000) getätigt werden. Mit der Zuweisung der letzten BZ-Rate im Jahre 2013 kann auch die Zwischenfinanzierung beendet werden.

Anzumerken ist, dass das Vorhaben 2011 u.a. Gegenstand einer Umsatzsteuerprüfung des Finanzamtes war, wobei kaum Mängel festgestellt werden konnten.

Volksschule Achleiten - Verkauf

Die Auffassung der Volksschule Achleiten war bereits seit mehreren Jahren Gegenstand von Diskussionen. Pädagogische, personelle und wirtschaftliche Gründe und vor allem der drohende Umstand, die Volksschule ab dem Schuljahr 2010/11 nur mehr einklassig führen zu können, veranlassten schließlich den Gemeinderat dazu, in der Sitzung vom 20.5.2010 mehrheitlich den Beschluss zu fassen, mit Ende des Schuljahres 2009/10 die Volksschule und den dazugehörigen Sprengel aufzulassen und in den Sprengel der Volksschule Schardenberg einzubinden.

Die Marktgemeinde bemühte sich im Anschluss daran, das Objekt ehestmöglich zu veräußern. Nach Einholung eines Schätzgutachtens durch das Bezirksbauamt Ried i. L., das für das gesamte Objekt einschließlich von Grundstücken im Ausmaß von 3.550 m² einen Verkehrswert von annähernd € 270.000 ermittelte, konnte relativ rasch ein privater Interessent gefunden werden, der für das gesamte Objekt € 290.000 geboten hatte. Noch im Jahr 2010 kam es zum diesbezüglichen Vertragsabschluss.

Der Verkaufserlös konnte erst 2011 vereinnahmt werden und wurde vorerst auf einem Kapitalkonto als Rücklage deponiert, die zu gegebener Zeit zur geplanten Hauptschulsanierung herangezogen werden soll.

Volksschule Schardenberg - Teilsanierung

Infolge der Zusammenlegung der beiden Volksschulen mussten 2011 in der Volksschule Schardenberg bauliche Maßnahmen und Neumöblierungen (u. a. Anbringen einer Akustikdecke, Elektroinstallation, EDV-Ausstattung, Möbel Konferenzzimmer) im bescheidenen Umfang von knapp € 20.000 vorgenommen werden.

Durch BZ-Mittel und Landeszuschüsse von jeweils € 10.000 konnten diese Maßnahmen im laufenden Jahr 2012 gänzlich finanziert werden.

Straßenbauprogramm 2005 -2009

Das seit 2004 laufende Straßenbauprogramm erstreckt sich tatsächlich auf den Zeitraum 2004 - 2012. Zur Durchführung gelangten bisher die Neubauten der Güterwege Enghaming (300 lfm) und Asing-Zufahrt Koanz (250 lfm) sowie der Gehsteige bzw. -wege Steinbrunn-Wühr (700 lfm) und Gattern (1.000 lfm). Schließlich wurde anstatt des geplanten Ausbaus der Nöbauer Gemeindestraße der Gehweg Kubing mit Kreuzungsumbau realisiert. Der bis Ende 2011 für die angeführten Maßnahmen entstandene Kostenumfang beträgt ca. € 451.700. Bei Gegenüberstellung der vereinnahmten Deckungsmittel von ca. € 425.200 haftete mit Ende 2011 eine Finanzierungslücke von ca. € 26.500 aus.

Im laufenden Jahr 2012 sind noch Restarbeiten mit geschätzten Kosten von knapp € 20.000 vorgesehen. An Einnahmen erhielt die Marktgemeinde für Verkehrssicherungsmaßnahmen einen Landeszuschuss von ca. € 13.600. Aus diesem Titel kann sie nach Fertigstellung dieser letzten Straßenbaumaßnahme noch € 2.000 sowie an BZ-Mitteln noch knapp € 19.000 erwarten, die sich aus der Aliquotierung der vorgemerkten BZ-Rate iHv € 20.000 errechnen und deshalb nicht zur Gänze flüssiggemacht werden, da der der genehmigten Finanzierung zugrundegelegte Kostenrahmen von € 502.500 voraussichtlich um ca. € 34.000 unterschritten wird.

In Summe werden der Marktgemeinde rd. € 12.000 zur Ausfinanzierung fehlen. Die Bedeckung sollte aber weitestgehend über Interessentenbeiträge möglich sein.

Kubing-Bonauer-Mesner-Gründe

Die Marktgemeinde hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um der Abwanderungstendenz entgegenzuwirken und in Ortsnähe fertig aufgeschlossene Gründe anzubieten.

Bereits 2006 wurde im nördlichen Teil des Ortskerns ein Grundstück im Ausmaß von 8.532 m² ("Mesner Gründe") a' € 28/m² erworben. Die daraus geschaffenen 9 Bauparzellen konnten bis 2009 gänzlich wiederveräußert werden. Die Gesamtkosten für die Bereit- und Herstellung der Baugrundstücke iHv knapp € 430.000 sind gänzlich gedeckt.

In den Jahren 2010 und 2011 kaufte die Marktgemeinde ein weiteres, wenn auch kleineres Grundstück in der Größe von 5.292 m² ("Bonauer Gründe"), das in 5 Bauparzellen aufgeschlossen wurde, die bereits ebenso rasch weiterveräußert werden konnten. Der Marktgemeinde verbleibt dabei schlussendlich ein Überschuss in der Größenordnung von ca. € 26.000.

Um auch langfristig leistbare Baugründe zur Verfügung stellen zu können, hat die Marktgemeinde 2012 eine weitere sehr umfangreiche Grundbeschaffungsaktion in Angriff genommen und im sog. "Kubinger Feld" ein beachtliches Areal von 45.500 m² erworben. Alleine die Grunderwerbskosten belaufen sich auf knapp € 1,17 Mio. und sollen, wie in den Kaufverträgen vereinbart, in mehreren Tranchen bis 2015 bestritten werden. Geplant ist die Schaffung von mehr als 40 Bauparzellen, wovon bereits 8 Interessenten unter Vertrag genommen werden konnten.

Die gesamte Herstellung der Infrastruktur (Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Straßenbau) ist vorläufig mit Netto-Kosten von knapp € 700.000 kalkuliert und soll noch 2012 in Angriff genommen werden.

Wenngleich sich ein großes Interesse am Erwerb dieser Baugrundstücke, die noch nicht zur Gänze parzelliert sind, abzeichnet, so kann doch davon ausgegangen werden, dass auch bei optimistischer Einschätzung in den nächsten Jahren die Verkaufserlöse nicht Schritt halten werden mit den hohen Grunderwerbskosten. Während die Aufschließungskosten im Rahmen von Siedlungswasservorhaben abgewickelt werden und damit auch Förderdarlehen in der geschätzten Größenordnung von ca. € 700.000 in Anspruch genommen werden sollen, sind die Tranchen für den Grunderwerb ausschließlich über Eigenmittel zu tragen.

Im laufenden Jahr 2012 steht noch ein Überschuss iHv ca. € 209.000 zur Verfügung, der aus der Darlehensaufnahme im Jahre 2006 iHv € 300.000 zur Erschließung der Mesner-Gründe - verringert um eine Tilgung im Jahre 2009 iHv € 100.000 - resultiert. In den Folgejahren, insbesondere 2014, ist aber mit Zwischenfinanzierungsproblemen zu rechnen, zumal neue Darlehensaufnahmen vorläufig nicht zulässig sind. Bezüglich möglicher Zwischenfinanzierungsmittel sei auf die Ausführungen auf Seite 35 des Berichtes betreffend den Verkauf des ehemaligen Amtsgebäudes verwiesen. Auch könnte, solange die Schulsanierung nicht in Angriff genommen wird, auf die diesbezüglich bestehende Rücklage aus dem Verkauf der VS Achleiten zur Verwendung als Zwischenkredit rückgegriffen werden.

Kindergarten Fenstertausch

Die Fenster und Türen des 1976 errichteten und 1994 erweiterten Kindergartengebäudes (Führung durch Caritas) waren bereits äußerst schadhaft und mussten daher erneuert werden. Die erforderlichen Maßnahmen wurden hauptsächlich im laufenden Jahr 2012 umgesetzt. Die vorläufigen Endkosten belaufen sich auf ca. € 70.000 ohne Ust. (Vorsteuerabzug), womit dem geschätzten und dem der genehmigten Finanzierung zugrundegelegten Kostenrahmen ziemlich genau entsprochen wurde.

Demnach stehen zur Finanzierung ein Teil des aus der Veräußerung der Volksschule Achleiten erzielten Erlöses iHv € 23.500 sowie ein Landeszuschuss und BZ-Mittel von ebenfalls jeweils € 23.500 zu Verfügung. Die BZ ist erst für das Jahr 2013 vorgemerkt. Das laufende Jahr 2012 wird daher nach Eingang des LZ von € 23.500 einen vorläufigen Fehlbetrag von ca. € 23.500 aufweisen.

Lärmschutzmaßnahmen Ingling

Für Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwände und Fensterförderungen) im Bereich Ingling entlang der Bahnstrecke Wels-Passau sind gemeindeanteilige Kosten (25 %) iHv ca. € 158.000 zu erwarten, die ausschließlich über Darlehen zu bedecken sein werden. Die aufsichtsbehördliche Genehmigung für dieses Darlehen liegt bereits vor.

Mit den Maßnahmen wurde 2011 begonnen. Lt. Durchführungsvertrag vom 18.5.2011 sind hinsichtlich der Leistung der Kostenbeiträge an die ÖBB Teilrechnungsraten entsprechend dem Baufortschritt, beginnend ab 2011, vereinbart.

Die bereits getätigten Leistungen betragen ca. € 22.600. Die Darlehenszuzahlung wird in Anpassung an die Teilrechnungen etappenweise erfolgen.

Wasserversorgung

BA 02 und Kubing

Dieser Bauabschnitt wurde 2011 begonnen und soll erst 2016 beendet werden. Neben den Erweiterungsmaßnahmen soll auch ein zweiter Hochbehälter errichtet werden.

Das bisherige Investitionsvolumen beträgt ca. € 529.000, dem € 459.000 an Bedeckungsmitteln gegenüberstehen. Mit dem noch zu erwartenden Investitionsdarlehen von ca. € 131.000 sollen jedenfalls die gegenwärtig fehlenden Mittel und auch die noch 2012 anfallenden Kosten bedeckt werden können.

BA 03

Dieser Bauabschnitt wurde 2010 begonnen und ist baulich mittlerweile zur Gänze abgeschlossen. Die technische Kollaudierung ist noch im laufenden Jahr 2012 zu erwarten.

Die vorläufigen Gesamtkosten beziffern sich auf ca. € 282.800. 2012 ist noch mit minimalen Kosten von rd. € 3.000 zu rechnen.

Mit Jahresende 2011 bestanden überschüssige Mittel iHv ca. € 32.872. Nach der endgültigen Abrechnung, die evtl. noch Veränderungen in der Zuteilung der Investitionsdarlehen mit sich bringen könnte, wird ein allfälliger Überschuss jedenfalls zur Finanzierung weiterer Wasserbauvorhaben heranzuziehen sein.

Löschwasserbehälter

Um im Studentenheim Hamberg im Brandfall die Löschwasserversorgung sicherzustellen, musste die Marktgemeinde einen eigenen Behälter errichten. Die baulichen Maßnahmen sind bereits abgeschlossen, die Abrechnung lag zum Prüfzeitpunkt allerdings noch nicht vor. Die geschätzten Kosten betragen ca. € 20.000.

Gesichert ist die Finanzierung durch bereits aus dem o. H. zugeführte Anschlussgebühren von € 8.000 sowie durch zugesicherte Zuschüsse der örtlichen Feuerwehr iHv € 5.000 und des Landesfeuerwehrkommandos von € 8.000.

Schlussbemerkungen

Die Marktgemeinde Schardenberg war bis 2008 in der erfreulichen Lage, ihren ordentlichen Haushalt nicht nur ausgleichen, sondern darüberhinaus dank moderater Eigenmittel auch Investitionen tätigen zu können. Im Umgang mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln kann im allgemeinen durchaus eine verantwortungsvolle Gebarungsführung bescheinigt werden.

Die generelle Wirtschaftskrise und der dadurch bedingte abrupte Einbruch bei der Steuerkraft einerseits sowie der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Umlageleistungen andererseits brachten die Marktgemeinde ab 2009 in eine defizitäre Haushaltslage. Die Gemeindevertretung steht derzeit vor der Herausforderung, die Investitionsfreudigkeit hintanzustellen und der Konsolidierung des ordentlichen Haushaltes größtes Augenmerk zu schenken. Der erfreulicherweise bereits eingeschlagene Sparkurs ist konsequent fortzusetzen.

Für die konstruktive Zusammenarbeit und das außerordentlich positive Prüfungsklima sei dem Bürgermeister und den Bediensteten ein besonderer Dank ausgesprochen.

Das Ergebnis der Prüfung wurde im Rahmen der Schlussbesprechung am 27.8.2012 dem Bürgermeister, dem Amtsleiter und Buchhalter präsentiert.

Schärding, am 12.10.2012

Berger Manfred